Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
Verwaltung:

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Havlíčkova nám. 32.
Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Freitag, 20. April 1923. Nr. 91.

Der Sumpf.

In öffentlicher Parlamentssitzung wurde gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, daß sie einer bestimmten Kapitalistengruppe in die Hände arbeite. Was tut nun die Regierung, um diesen Vorwurf, der sie als ein Exekutivorgan des Finanzkapitals erscheinen läßt, zu entkräften? Sie schweigt! Was täte selbst die Regierung irgend eines entlegenen Balkanstaates, von den westeuropäischen Staaten ganz zu schweigen? Nebenbei: die Regierung eines afrikanischen Negerstaates zum Vergleich heranzuziehen, wäre noch verlockender, doch erscheint der Vergleich unmöglich, da diese primitiven Staatsgebilde von der kapitalistischen Verderbnis noch nicht angegriffen sind. Die Regierung jedes anderen Staates also würde sofort nach dem Redner, der solches zu behaupten wagte, durch ihre verantwortlichen Männer der Beschuldigung entgegentreten und sie zu entkräften suchen. Dazu würde die Regierung schon durch die öffentliche Meinung gezwungen werden, die sich dagegen auflehnen möchte, wenn sie einen solchen Vorwurf auf sich sitzen ließe. Bei uns wackelt die Regierung nicht einmal mit den Ohren, sie steckt den Schimpf ruhig ein und ihr Finanzminister, der durch den Vorwurf am stärksten getroffen erscheint, macht darauf nicht den Mund auf. Und die öffentliche Meinung lehnt sich nicht auf, sie ist durch die sich häufenden Skandale zu abgestumpft, als daß etwas noch ihre Erregung hervorzurufen vermöchte.

Aber dabei ist der obige Vorwurf nur ein winziges Teilchen dessen, was in der Bankdebatte an Anklagen gegen die Regierung erhoben wurde! Schon das, was der Finanzminister eingestand, war für sie und ihre Vorgänger belastend genug. Unter den Gründen, die er für den Zusammenbruch der Banken anführte, nannte er auch die unzureichende Kontrolle der eigenen Wirtschaft, das Ausweisen zweifelhafter Gewinne, die unzureichende Deckung von Spekulationskontis verschiedener führender Faktoren und eine Geschäftsführung, die „nicht immer den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes entsprach". Dem Minister beliebt es, sich zart auszudrücken; in deutliche Sprache übersetzt heißt das: die Banken wirtschafteten wie verbrecherische Kridatare darauf los, fälschten, um die Einleger zu täuschen und den Verwaltungsräten reiche Tantiemen zahlen zu können, ihre Bilanzen, betrieben die schamlosesten und gewissenlosesten Spekulationen mit den ihnen anvertrauten Geldern und übten eine Geschäftsführung, die kleinere Schwindler längst ins Kriminal gebracht hätte. Wenn der Herr Finanzminister nun auf einmal diese Feststellungen macht, muß er gefragt werden, warum er das alles erst jetzt weiß und wo denn die Regierung früher war, da noch Zeit gewesen wäre, das Einreißen solcher Zustände zu verhindern? „In Hinkunft", so versprach er, will die Regierung für „den möglichst großen Schutz der Einleger, Aktionäre und anderen Teilhaber von Geldinstituten sorgen", aber das ist wenig süßer Trost für die, die jetzt fürchten müssen, geschädigt zu werden, noch weniger aber ist es eine Rechtfertigung für die begangenen Unterlassungssünden. Der Herr Finanzminister scheint in seiner naiven Ahnungslosigkeit nicht zu merken, wie sehr er die bisherigen Regierungen der Mitschuld an den Bankskandalen anklagt. Man kann da schon die Meldung der „Tribuna" verstehen, die zu erzählen wußte, daß es ihm sogar innerhalb der Koalition genug schwer wurde, die Votierung des Vertrauens zu erhalten, so daß das, wenn auch verfrühte Gerücht entstehen konnte, er beabsichtige in kurzer Frist das Finanzressort niederzulegen. Tatsächlich gehört eine derbe Haut dazu, die Taten der Vorgänger in der Finanzleitung verantworten zu müssen.

In der seiner Rede folgenden Debatte bemühte sich allerdings Herr Dr. Bečka, den Beweis zu erbringen, daß er die für die Bedürfnisse der Koalition nötige Dickhaut besitze. Denn zu allem, was Dr. Kubiček zur Belastung der Regierungswirtschaft vorbrachte, wußte er nur zu — schweigen, obwohl die Ausführungen Kubičeks gleich Peitschenhieben wirkten. Ende 1920 ordnete, seiner Behauptung zufolge, das Finanzministerium bei der Bohemiabank eine Revision an, deren Ergebnis vollständig geheim gehalten wurde. Nicht einmal der Verwaltungsrat erfuhr etwas davon. Dennoch wies die Bilanz der Bank schon damals einen Verlust von 19 Millionen Kronen auf, so daß Kubiček recht hat, wenn er sagt, die Regierung wäre bei einem solchen Verluste verpflichtet gewesen, zu verfügen, daß die Bank entweder geschlossen wird, oder Konkurs ansagt. Der Bericht des Finanzministeriums, dem in dieser Zeit Herr Novak vorstand, stellte einen der Bilanz zuwiderlaufenden Verlustbetrag fest. Statt nun die Bank zu sperren, bewilligte die Regierung daraufhin eine Erhöhung des Aktienkapitals der Bank um weitere zehn Millionen Kronen! Zugleich aber machte sie die Sparkassen — nicht aber auch die Einleger! — darauf aufmerksam, bei der Bohemiabank keine Einlagen zu machen. Die Krönung der Debatte bildete aber die Behauptung eines Redners, der Präsident der Živnobanka, dieser gefräßigsten unter den Bankhyänen, habe sich gerühmt, daß er vom früheren Finanzminister über alle seine Pläne informiert wurde! Und der Minister? Was hatte er darauf zu sagen? Erschwieg!

Dieses Schweigen wirkt eindringlicher noch, als alle Reden, die in der Debatte gehalten wurden. Diese Wirkung wurde noch gesteigert dadurch, daß der Präsident des Hauses Kubiček nicht zu Ende reden ließ, und ihm — weil seine Redezeit (!) abgelaufen war — das Wort entzog. Das ist selbst der „Prager Presse" zu viel; sie meint, man hätte gewünscht, daß in diesem Falle, in welchem ein politischer Mensch seine Ehre verteidigt, von der Wortentziehung kein Gebrauch gemacht werde, was dem Gefühle des ganzen Abgeordetenhauses entsprochen hätte. Des ganzen? Nein, das zu behaupten ist Heuchelei! Die Koalitionsparteien, gegen die sich die Enthüllungen Kubičeks richteten, werden mit anderen und nicht mehr gemischten Gefühlen dem, was sie an Enthüllungen noch befürchten mußten, entgegengesehen haben. Von dem Alp, der auf ihnen lastete, hat sie der umsichtige Präsident befreit.

Es wäre ein kühnes Unterfangen, behaupten zu wollen, die Bankdebatte habe wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Ganz im Gegenteil: sie hat einen beispielslosen Schlamm aufgewühlt, der die Atmosphäre erst recht mit üblen Miasmen erfüllt hat. Der Sumpf, dem sie entstammen, kann durch bloße Reden nicht trocken gelegt werden. Es muß vielmehr zu Taten geschritten werden: solche sind die gesetzliche Festlegung der Unvereinbarkeit eines politischen Mandates mit der Stelle eines Verwaltungsrates in Banken und Aktiengesellschaften, die Unterstellung der Banken unter die schärfste Kontrolle des Staates, die Beseitigung aller Einflüsse auf die Regierung, wie die Trennung von Politik und Geschäft überhaupt. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, wird diese Aufgabe nie restlos vollzogen werden können. Aber vorläufig muß wenigstens verhindert werden, daß die Korruption am hellichten Tage nackt herumläuft.

Der Totentanz der Mark.

Genosse Dr. Hertz: „Die Markkatastrophe — die Marneschlacht der Reichsbank!"

Berlin, 19. April. (Eigenbericht.) Es stellt sich jetzt heraus, daß die Regierung und die Reichsbank von der Devisenhausse vollständig überrascht wurden. Wenn jetzt von einer „neuen Taktik" gesprochen wird, so kann man damit die Tatsache nicht verschleiern, daß die Reichsbank die Stützungsaktion nicht mit genügenden Mitteln durchgeführt hat und daß vor allem die Regierung den Spekulanten freie Bahn gab. Die Kreditgewährungen an die Unternehmer erleichterten diesen die Spekulation. Heute notierte der Dollar 29.420 (gestern amtlich 25.000), das englische Pfund 139.650 (114.717), der Schweizer Frank 5361 (4488) und die tschechische Krone 897 (gestern 733).

Mit Recht also sprach heute Genosse Dr. Hertz im Reichstag von der Marneschlacht der Reichsbank.

* *

Markdebatte im Reichstag.

Berlin, 19. April. (Eigenbericht.) Die Katastrophe auf dem Devisenmarkte stand heute auch im Mittelpunkt der Reichstagsverhandlungen. Zur Beratung stand die zweite Lesung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums. Als erster Redner besprach Genosse Dr. Hertz die Vorgänge auf dem Devisenmarkte, wobei er der Regierung vorwarf, daß sie erst dann eingegriffen habe, als die Finanzen des Reiches und die Kaufkraft der Massen zerstört waren. Er forderte eine gründliche Reform des Finanzsystems durch positive Maßnahmen u. a. die Fortsetzung der Stützungsaktion, die Verschärfung der Devisenordnung, die Anmeldung der Devisenbestände und Einschränkung der Luxuseinfuhr.

Die Wohnungsgesetze angenommen.

Alle Abänderungsanträge abgelehnt. — Die deutschen Sozialdemokraten verfechten als einzige Partei die Mieterinteressen. — Die Deutschbürgerlichen im Kampfe für den Hausbesitzstand.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Koalition ihr Werk, die Wohnungsgesetze, angenommen und alle Anträge der Oppositionsparteien, insbesondere der deutschen Sozialdemokraten, rücksichtslos niedergestimmt. Es blieb demnach unseren Genossen nichts anderes übrig, als gegen die gesetzliche Verankerung von Bestimmungen, die die Not und das Elend aller Schichten des arbeitenden Volkes nicht nur nicht stabilisieren, sondern auch vermehren, schärfsten Protest durch den Mund der Genossen Abg. Hausmann und Uhl einzulegen. Unsere Genossen rechneten auch bei dieser Gelegenheit mit den Deutschbürgerlichen der verschiedensten Schattierungen ab und kennzeichneten die Demagogie dieser Herren, die sich in der Verteidigung des deutschen Besitzstandes, nämlich des Hausbesitzstandes, nicht genugtun konnten.

Der Herr Abg. Kaibl gab sich nämlich als Vertreter der kleinen Hausbesitzer aus. Tatsache ist aber, daß durch das Gesetz gerade die kleinen Hausbesitzer infolge der Bestimmungen nach § 10 nicht geschützt werden, sondern daß dieser Paragraph, für den Herr Kaibl sich begeisterte, gerade die großen Hausbesitzer schützt, da ja gerade in größeren Häusern Mieter mit Einkommen über 60.000 Kronen wohnen. Herr Abg. Kaibl hat es als Vertreter der kleinen Hausbesitzer nicht für gut befunden, auf diesen Widerspruch hinzuweisen. Der andere Mann, der das hohe Lied der Hausbesitzer sang, war der Landbündler Abg. Fischer. Dieser hat ein offenes Wort gesprochen: „Was nützt eine Mietzinserhöhung?" fragte er, „der Fiskus nimmt uns doch wieder alles weg!" Die Hausherren wollen also frei und ungehindert, willkürlich und schrankenlos die abnormale Lage des Wohnungsmarktes für ihre Vorteile ausnützen, genau so, wie alle Besitzenden. Der deutsche Nationalsozialist Patzelt trat zwar nicht offen für die Hausherren ein, aber bewies seinen hohen Gönnern dadurch seine Gunst, daß er für die Herabsetzung der Gebäudesteuern eintrat. Es waren also von den deutschen Parteien nur unsere Genossen, die die Interessen der Mieter als der wirtschaftlich Schwächeren verteidigten. Die Mieter werden sich das für die Zeit der Wahlen gut merken müssen.

Von den Rednern der tschechischen Parteien wäre die merkwürdige Ansicht des tschechischen sozialdemokratischen Berichterstatters Langr hervorzuheben, der die Bestimmung, daß die Ausweisung aus der Republik einen Kündigungsgrund bilde, daß also ein Unterschied zwischen In- und Ausländern gemacht werde, als einen Fortschritt (!) begrüßte. Schließlich trat auch der Clown des Hauses, der tschechischklerikale Abg. Myslivec auf, bei dessen Ausführungen sogar sein Parteikollege, Justizminister Dolanský, herzlich lachte. Myslivec erklärte, daß er sich mit den Wohnungsgesetzen grundsätzlich nicht befasse, da sie — bolschewistischen Charakter trügen. Dafür sprach er begeistert über die Friedensverträge von Versailles, „die ewig stehen werden". Wer erinnerte sich da nicht an die Worte der österreichischen Volkshymne: „Oesterreich wird ewig steh'n". Der einzige energische Verfechter der Mieterinteressen auf tschechischer Seite war der unabhängige Abg. Klein.

* * *

202. Sitzung. Präsident Tomašek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten vormittags. Unter den

Immunitätsangelegenheiten

befindet sich auch das Gesuch des Prager Bezirksgerichtes für Uebertretungen um Auslieferung der Abgeordneten Slavíček, Stříbrný, Zemin, Špatný, Franke, Tučný, Langer, Prášek, Trnobranský, und Laube wegen Vergehens der Ehrenbeleidigung, begangen an Dr. Bartošek, Drazl, Landa-Štych und Dr. Vrbenský, weiter ein Gesuch der Oberstaatsanwaltschaft in Kaschau um Auslieferung des Abg. Dr. Juriga wegen Vergehens gegen Paragraph 46 des Gesetzes vom Jahre 1879.

Das Haus geht sodann zur Verhandlung der Tagesordnung, das ist der Wohnungsgesetze über.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses über das Mieterschutzgesetz Abg. **Langer** führt an, daß das neue Gesetz die Kündigungsgründe vermehrt. Die Hausherren können auf Bewilligung des Bezirksgerichtes einen ausländischen Mieter kündigen, der aus der tschechoslowakischen Republik ausgewiesen wurde. Dieser Kündigungsgrund sei umsomehr am Platze, als das bisherige Gesetz keinen Unterschied zwischen In- und Ausländern mache. Der sozialpolitische Ausschuß ist überzeugt, daß jedoch die neuen Bestimmungen das Interesse der Mieter nicht verletzten.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses über das Gesetz betreffend die außerordentlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, Abg. **Binovec**, führt an, daß man in einer Zeit, in welcher der Staat Milliarden für die Baubewegung ausgibt, dem Umstande, daß zahlreiche 4 bis 20 Zimmerwohnungen in den Zeitungen zur Vermietung angeboten werden, nicht ruhig zusehen kann.

Der Berichterstatter der sozialpolitischen Ausschusses über das Gesetz betreffend der exekutiven Räumung von Wohnungen, Abg. **Dubický**, erklärt dieses Gesetz für ein gerechtfertigtes, den heutigen Verhältnissen entsprechendes Kompromiß.

Abg. **Fischer** Josef (Bd. d. Landw.) erklärt, vom Standpunkte der Hausbesitzer erhebe er Protest gegen die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes. Wir haben nicht nur den Abbau dieses Gesetzes erwartet, sondern unsere Forderung geht dahin, das Mieterschutzgesetz als Ganzes fallen zu lassen, denn es nimmt den

Hausbesitzern das Verfügungsrecht über ihr Eigentum.

Abg. Dr. Keibl (d. Nat.) beklagt, daß von dem angekündigten Abbau des Mieterschutzgesetzes nicht viel zu sehen ist, ja man kann sagen, daß die ganze Aktion ins Stocken geraten ist. Als bedeutendstes Hindernis eines Abbaues des Mieterschutzgesetzes muß der noch immer herrschende Wohnungsmangel bezeichnet werden.

Abg. Tesla (Kommunist) erklärt, daß durch die vorliegenden Gesetze dem Wohnungselend nicht gesteuert wird.

Abg. Myslivec (tsch. Kl.) befaßt sich mit der Lage der tschechischen Minderheiten und meint, daß die vorliegenden Gesetze bolschewistischen Charakter tragen, da sie das Eigentumsrecht der Hausherren berühren.

Abg. Patzel (d. Nat.-Soz.) findet es bezeichnend, daß der Berichterstatter selbst die Vorlage über den Mieterschutz als das Ergebnis eines Kuhhandels zwischen den koalierten Parteien bezeichnet. (Der Vorsitzende Vizepräsident Bukival ruft den Redner wegen des Wortes „Kuhhandel" zur Ordnung.)

Abg. Genosse Hausmann

sagt u. a.: Da jede Regierungsvorlage ein Werk der Koalition, also geradezu ein Rühr mich nicht an ist, ist es bisher auch ausgeschlossen gewesen, irgendwelche Aenderungen an einer solchen Vorlage herbeizuführen. Die sachlichsten und vernünftigsten Abänderungsvorschläge werden abgelehnt. Das ist die bis jetzt geltende Auffassung über die parlamentarische Verhandlung von Gesetzesvorschlägen bei der Koalition. Wenn unser Klub trotz der Aussichtslosigkeit in seiner sachlichen Mitarbeit fortfährt, so deshalb, um immer wieder auf die

Unhaltbarkeit des die parlamentarische Würde verletzenden Systems

aufmerksam zu machen, aber auch deshalb, um die Demagogie, die insbesonders von den bürgerlichen Parteien bei den sogenannten sozialpolitischen Gesetzen betrieben wird, von dieser Stelle aufzudecken. Nähert sich das Ende eines befristeten sozialpolitischen Gesetzes, beginnt der Schacher über seine Verlängerung. Deshalb war es stets die Regel, daß solche Verlängerungen auch Verschlechterungen für den wirtschaftlich Schwachen mit sich gebracht haben. Bei der zur Verhandlung stehenden Vorlage über den Schutz der Mieter, sowie bei den anderen zwei Vorlagen ist die Koalition von ihrer bisher konsequent eingehaltenen Regel ebenfalls nicht abgegangen. Durch die Vorlage sollen die Rechte der Hausbesitzer wesentlich erweitert und der Schutz der Mieter bedeutend eingeschränkt werden. Die neuen Belastungen der Mieter sollen in einer Zeit durchgeführt werden, in der beinahe schrankenlos der Lohn- und Gehaltsabbau durchgeführt wird. Die Kündigungsgründe werden bedeutend vermehrt.

Wer 24 Stunden nach erfolgter Mahnung den Mietzins nicht zahlen kann, läuft Gefahr, auf die Straße gesetzt zu werden.

Die Zwangslage, den Mietzins zum festgesetzten Termin nicht einhalten zu können, tritt naturgemäß infolge der andauernden Krise öfters in Erscheinung. Daß die Opfer dieser Bestimmung nur die Aermsten der Armen, die Arbeitslosen und Kurzarbeiter werden müssen, ist für jedermann klar. Die Not dieser Menschen bleibt unberücksichtigt, dafür bringt man der angeblich schweren Lage der Hausbesitzer besonderes Verständnis entgegen. Ein Kündigungsgrund ist ferner auch gegeben, wenn der Mieter aus dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik ausgewiesen wird. Die Familienangehörigen eines Ausgewiesenen verlieren durch die Ausweisung nicht bloß den Ernährer, es besteht auch die Gefahr, daß sie hier wohnungs- und obdachlos werden. Ein weiterer Kündigungsgrund ist gegeben, wenn der Mieter die Wohnung dringend für seine verheirateten Kinder braucht. In dieser Bestimmung kommt besonders klar zum Ausdruck, wie verschiedenartig die Bürger dieses Staates bewertet werden, welch Unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen gemacht wird. Die Schöpfer dieses Gesetzes scheinen nicht zu wissen, daß es Tausende von Arbeitern und Angestellten gibt, die ebenfalls verheiratet sind und keine Wohnung finden können und Kinder haben, die ehelichen wollen, jedoch nicht können, weil ihnen das bescheidenste Obdach fehlt.

Das Bürgermeisteramt Bilin hat durch eine Wohnungsinspektion 64 bewohnte Räume besichtigen lassen. Die Inspektion hat festgestellt, daß die Räume ein Flächenmaß von 784 Quadratmetern haben und daß sie von 316 Personen bewohnt werden. Auf jede Person entfallen also 2.5 Quadratmeter Bodenfläche. Der Bericht des Stadtarztes über die Räume lautet:

Gewölbe, Waschküche, direkt am Müllgraben, sehr nass, Wasser unter dem Fußboden, sanitätswidrig, dumpfig, Wasser dringt durch die Decke, Gartenhäuschen ohne Fenster, feuchte, dumpfe Keller, Dachzimmer mit Bretterverschlag, naß, beim Abort, mit Zementboden usw.

Bringt jemand den Mut auf, zu behaupten, daß dies nur eine Biliner Erscheinung ist? Die Regierung möge veranlassen, daß in allen Städten und Industrieorten solche Wohnungsinspektionen durchgeführt werden. Dieser Zustand ist

ein Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung,

ist langsames Siechtum, Krankheit und vorzeitiger Tod. Trotz dieser Verhältnisse werden aber alle Abänderungsanträge abgelehnt.

Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen der Abg. Kaibl und Fischer Josef und kommt schließlich auf die

Wohnungsfürsorge

zu sprechen. Die bisherigen Maßnahmen auf diesem Gebiete haben zum größten Teil versagt. Der Mangel an dem notwendigen Baukapital und die grundsätzliche Abneigung, für diese Zwecke überhaupt Geld herzugeben, sind die Ursachen dieses Versagens.

Die zweite Vorlage der außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge weist eine rückläufige Bewegung auf. Die geänderte Bestimmung richtet sich in erster Linie gegen die deutschen Angestellten und deutschen Bediensteten des Staates. Ueber die Wohnung des versetzten Staatsbediensteten entscheidet fortab seine vorgesetzte Behörde. Er darf seine frühere Wohnung nur mit Zustimmung der Behörde kündigen. Er muß die ihm im neuen Dienstort zugesicherte Wohnung annehmen. Dadurch können und werden dem Angestellten die schwersten Schäden entstehen. Die Kinder werden der Schule entrissen und zum Besuche einer fremdsprachigen Schule genötigt werden.

Wir erheben

Einspruch gegen die weitere Knechtung der wirtschaftlich Schwachen

und werden im Kampfe gegen den Ansturm der besitzenden Klassen ausharren, im Bewußtsein und in der Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, in der die Vertreter des werktätigen Volkes einig und geschlossen seine Rechte verteidigen werden. (Lebhafter Beifall.)

* * *

Nach den Abg. Klein (tsch. Unabh.) und Palag (slow. Volksp.) spricht

Abg. **Mayer** (d. mag. Soz. Dem.) Er stellt fest, daß das neue Gesetz in Verbindung mit den beiden anderen Gesetzen eine Abschreckung der Mieter bedeute. Es hat sich nichts im Staate geändert, was einen Abbau des Mieterschutzes begründen würde, und im Hinblick auf die herrschende Arbeitslosigkeit wird gerade die arbeitende Bevölkerung durch die verschiedenen Kündigungsgründe auf das härteste betroffen, zumal die Prozeßkosten auf Kosten des Mieters gehen. Redner wendet sich im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter dagegen, daß Wohnungs- und Lohnverhältnis verquickt werden. Für einen solchen Rückschritt ist kein objektiver Grund vorhanden, weshalb wir gegen das Gesetz stimmen werden. (Beifall.)

Der nächste Redner ist der Abg. **Kostka** (d. dem. Frhp.), worauf

Abg. Genosse Uhl

zu Worte kommt.

Er bedauert den Abbau des Mieterschutzes, der in den vorliegenden Gesetzentwürfen zum Ausdruck kommt. Das Gesetz, das den

Aufschub der exekutiven Räumungen

beinhaltet, bringt gegenüber den bis jetzt geltenden Bestimmungen eine wesentliche Verschlimmerung und eine große Erweiterung der Exekutionsmöglichkeiten. Die Annahme der Vorlage wird verhängnisvolle Folgen für Tausende von Familien zeitigen. Durch das Gesetz wird aber auch die herrschende Wohnungsnot nicht im geringsten gemildert werden. Am schwersten getroffen werden durch seine Bestimmungen die landwirtschaftlichen Arbeiter, welche vollständig der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert werden. Aber auch für die Industriearbeiter werden die

Bestimmungen dieses Gesetzes von beheerender Wirkung

sein, da eine große Anzahl von Angestellten und Arbeitern, welche ihre Dienst- und Deputatwohnungen auch dann beibehalten haben, wenn sie infolge Betriebseinstellung ihres Unternehmens anderwärts in Dienst getreten sind, jetzt des Mieterschutzes entbehren werden.

Die bürgerlichen Redner haben heute wiederholt bedauert, daß die Wohnungsnot noch besteht, daß nicht genügend gebaut wurde. Wir konnten aber in den vier Jahren nach dem Umsturze die Erfahrung machen, daß gerade Vertreter der bürgerlichen Parteien in den verschiedenen Vertretungskörperschaften in jeder Hinsicht und jeder Zeit den Bau von Wohnungen verhindert haben. Gerade

die Bürgerlichen haben also am allerwenigsten Ursache, hier Krokodilstränen zu weinen.

Wir beantragen, zu diesem Gesetze die alte Fassung der bis jetzt bestandenen Ordnung herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Abg. **Englisch** (Nat. Dem.), der eine Erhöhung der Zinse für unmöglich erklärt, spricht

Abg. **Schälzky** (d. Christ. Soz.) Er verlangt besondere Berücksichtigung hinsichtlich des Mieterschutzes der Beamten, die vom Gehaltsabbau betroffen wurden, und verweist auf die Schwierigkeiten, welche heute der Bautätigkeit entgegenstehen.

Es wird sodann zur Abstimmung geschritten: alle Abänderungsanträge der Oppositionsparteien, insbesondere der deutschen Sozialdemokraten, werden von der Koalition abgelehnt. Die Sitzung wird um 8 Uhr abends geschlossen.

Die englische Arbeiterdelegation über die Ruhrfrage.

London, 19. April. Am Schlusse ihres Berichtes über das Ruhrgebiet empfiehlt die Arbeiterdelegation die Forderung eines sofortigen Appelles an die französische und deutsche Regierung, einem internationalen Tribunal ihre Vorschläge zu unterbreiten. Die Veranlassung hiezu sollte Großbritannien durch eine offene und bestimmte Erklärung der britischen Politik geben. Nach der Ansicht der Delegation, die sich mit dem Standpunkte der ganzen Arbeiterpartei deckt, kann man keine Beilegung des Streites erwarten, solange Frankreich, Belgien und Deutschland sich selbst überlassen sind.

* * *

London, 18. April. Die Arbeiterabordnung, die nach dem Ruhrgebiet entsendet worden war und dort vom 21. bis 27. März geweilt hatte, schildert die Lage an der Ruhr als beklagenswert und gefährlich, da sie die Möglichkeit eines furchtbaren Kampfes zwischen Deutschen und Franzosen in sich berge. Die Abordnung drängt darauf, daß Frankreich und Deutschland ersucht würden, ihre Vorschläge über die Reparationen und über die Frage der Sicherheit einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Großbritannien sollte die Initiative durch eine klare und bestimmte Erklärung über seine Politik ergreifen.

Der gestern abends veröffentlichte Bericht der Delegation stellt fest, daß im Rheinlande außerhalb der britischen Zone und im Ruhrgebiete der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr stark gelitten habe, der Telegraphen- und Telephonverkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben sind und das Geschäftsleben im Ruhrgebiet stillestehe. Die Geschäftsoperationen der britischen Kaufleute seien gelähmt, die Industrie im Ruhrgebiete auf die Hälfte zurückgegangen. Ein Mangel an Lebensmitteln sei nicht zu bemerken, was auf die Anstrengungen der deutschen Regierung zurückzuführen sei, das Ruhrgebiet gut zu versorgen. **Die Arbeiter widersetzen sich bis zum letzten Mann entschlossen jeder Zerstückelung Deutschlands.** Ihre Stimmung sei zum großen Teile nationalistisch, oder was man in England patriotisch nenne, dies sei jedoch nicht auf einen Einfluß der deutschen Regierung oder der Arbeitgeber zurückzuführen. **Die Arbeiter bilden das mächtigste Element des Widerstandes.**

Die Masse des Volkes sei geduldig und bereit zu verhandeln, sowohl über die Bezahlung einer weiteren Reparationssumme als auch über Garantien für die Sicherheit Frankreichs. Die Industriemagnaten glauben nicht, daß Frankreich wirklich nur Reparationen will, und erklären, das wahre Ziel des französischen Imperialismus sei Annexion. Es sei unmöglich, eine Idee davon zu gewinnen, wie lange die großen Industriekonzerne im Ruhrgebiet noch durchhalten könnten. Die Industriemagnaten seien mit den Arbeitern im Widerstande gegen jede Verletzung der deutschen Souveränität einig. — Zur Haltung der französischen Vertreter erklärt der Bericht, General Degouttes Politik sei bisher nicht vorsätzlich gegen die Arbeiter gerichtet gewesen; er scheine bereit zu sein, in naher Zukunft schärfere Maßnahmen zu ergreifen, da die aus der Weigerung der deutschen Eisenbahner, für die Franzosen zu arbeiten, entstandene Not zunehme. Degoutte erhoffe und erwarte jedoch eine baldige Kapitulation der Deutschen, wofür jedoch bei der Bevölkerung keine Anzeichen beständen. **Die deutsche Arbeiterklasse außerhalb des Ruhrgebietes sei bereit, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um die aufrichtigen Besorgnisse der Franzosen zu beseitigen,** aber mit einem französischen Heer im Ruhrgebiet und französischen Militärposten auf dem rechten Rheinufer von Mainz bis Düsseldorf argwöhnen die deutschen Arbeiter natürlich, daß die französischen Forderungen nach Reparationen und Sicherheiten nur ein Mantel für Annexionen seien. Sie erklärten, Deutschland brauche Sicherheiten notwendiger als Frankreich.

Der Bericht bemerkt ferner: Mit dem, was die französische und die deutsche Regierung zusammen im Ruhrgebiet ausgeben, könne die Reparationsfrage zum Teil geregelt werden. Sowohl im Ruhrgebiet als auch im Rheinlande bildeten die Revancheträumer nur eine kleine Minderheit, die Masse sei antimilitaristisch. Zur britischen Stellung im Rheinlande, erklärt der Bericht: „Eine Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Untätigkeit müsse die Stellung der britischen Vertreter schließlich untergraben; eine Politik, die sich in eine solche Krise treiben lasse, sei mit der britischen Würde und den britischen Interessen unvereinbar."

Nach der Reichstagsdebatte.

Von unsern Berliner Mitarbeiter.

Die Ausführungen des Außenministers von Rosenberg in der großen politischen Debatte des Reichstages sind in den Hintergrund gedrängt worden durch die Reden der Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Man mag Herrn von Rosenberg zugute halten, daß er sich auch in der gegenwärtigen Situation vornehmlich als den Vertreter der alten diplomatischen Schule fühlt und nicht konkret sagen will, was die deutsche Regierung als die Grundlage für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet. Aber wenn er so wenig wie der Regierungschef Cuno fühlt, daß jetzt nicht schönes Reden, sondern entschlossenes Handeln notwendig ist, so beweisen beide nur, daß sie der schwierigen Lage des Reiches nicht gewachsen sind. Gewiß kann davon nicht gesprochen werden, daß Deutschland sich mit dem französischen Gewaltakt an der Ruhr abfinden und alle Bedingungen unterschreiben soll, die ihm von Poincaré und den Seinen vorgelegt werden. Aber zwischen der Kapitulation vor der gepanzerten Faust Frankreichs und der starren Unnachgiebigkeit des deutschen Nationalismus gibt es noch einen anderen Weg: nämlich mit deutlichen Ziffern zu sagen, was Deutschland zu leisten imstande ist, um, als Besiegter im Weltkrieg, den angerichteten Schaden zu heilen und Frankreich im Rahmen des Möglichen zufrieden zu stellen.

Die Dünkirchner Rede des französischen Ministerpräsidenten hat es den Vertretern der großen Parteien gewiß nicht leicht gemacht, auf eine aggressive Tonart zu verzichten. Aber für die künftige Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses sind die Entschließungen, die von der französisch-belgischen Konferenz in Paris gefaßt worden sind, wesentlicher als das, was wir von Herrn Poincaré gehört haben. Genosse Hermann Müller hat denn auch das Hauptgewicht seiner guten Rede auf die Notwendigkeit der Herstellung eines dauernden Ausgleiches zwischen Deutschland und Frankreich gelegt und sich weniger dabei aufgehalten, was auf beiden Seiten von nationalistischen Heißspornen dagegen gesagt wird. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu diesem Problem ist durch die Grundsätze des internationalen Sozialismus gegeben. Wir wollen keinen neuen Krieg, wir wollen die Vorbedingungen dafür schaffen, daß die Nationen Europas endlich wieder in Frieden leben können. Wir sind gegen die Ruhraktion und die deutsche Arbeiterschaft steht mit mutiger Ausdauer an der Spitze des passiven Widerstandes gegen den französischen Gewaltakt. Aber zugleich verlangen wir, daß die deutsche Bourgeoisie im vollen Umfange ihrer Leistungsfähigkeit zur Wiedergutmachung herangezogen werde, damit dem französischen Imperialismus jeder Vorwand zur Verfolgung seines Planes genommen werde.

Hätten die besitzenden Klassen Deutschlands sich schon früher, wie Stresemann es in seiner Rede formulierte, dem Staat zur Verfügung gestellt als Garanten für übernommene internationale Leistungen, wer weiß, ob es zum Einmarsch an der Ruhr gekommen wäre. Bisher haben jedoch gerade die Vertreter des Kapitals sich gesträubt, an der Erfüllungspolitik mitzuarbeiten und es damit jeder bisherigen Regierung unmöglich gemacht, mit sichtbaren Aktiven an die Lösung des Reparationsproblems heranzugehen. Herr Stresemann entschuldigt seine Klassengenossen jetzt damit, daß sie sich wohl zu dauernden, aber nicht zu provisorischen Lösungen zur Verfügung stellen wollten. Das ist nicht viel mehr als eine Ausrede, denn wenn die besitzenden Klassen den Willen gehabt hätten, an einem Provisorium mitzuarbeiten, das die weltpolitische Situation beruhigt hätte, dann wäre daraus ohne Zweifel auch das Definitivum erwachsen. Der immer wiederkehrende Hinweis auf den fehlenden Erfüllungs- und Leistungswillen der deutschen Bourgeoisie hat es ja erst den Poincarés ermöglicht, bei der Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich und in Belgien jene Stimmung zu schaffen, die die Ruhraktion als ein garnicht zu vermeidendes Druckmittel auf Deutschland ansieht.

Man kann jetzt mit Sicherheit feststellen, daß der deutsche Reichstag eine große Mehrheit besitzt, die durch ein bestimmtes, soweit wie irgend gehendes Angebot an die Alliierten die Bahn zu Verhandlungen öffnen will, mit dem Ziel einer dauernden Verständigung. Wenn die Herren Cuno und Rosenberg diesen Mehrheitswillen nicht vollstrecken wollen, dann werden sie eben ihren Platz räumen müssen. Eine neue Regierung würde keine Schwächung der Position Deutschlands bedeuten, sondern im Gegenteil der Welt zeigen, daß das deutsche Volk und seine parlamentarische Vertretung bereit sind, alle Opfer zu bringen, die ihm selbst und den anderen Nationen den Frieden verbürgen können. Wie auch eine neue Regierung aussehen würde, keine würde sich dazu hergeben, vor dem französischen Militarismus auf die Knie zu sinken und das Reich zertrümmern zu lassen. Aber sie würde einen festen Rückhalt im deutschen Volk haben, und sie würde, wenn sie den Willen der Reichstagsmehrheit vollstreckt und bis zum äußersten Rande der Leistungsfähigkeit geht, das Vertrauen des Auslandes gewinnen, das das geschlagene Deutschland braucht.

Nun hat die andere Seite, nun hat insbesondere Frankreich das Wort. Worin besteht der materielle Unterschied zwischen den französischen Forderungen und den bisherigen deutschen Angeboten? Auf der Londoner Konferenz der Alliierten war beschlossen worden, daß Deutschland 50 Milliarden Goldmark zahlen soll. Es ist zwar damals auch von 132 Milliarden gesprochen worden, aber seitdem hat man die

höhere Summe stillschweigend unter den Tisch fallen lassen. Frankreich sollte 52 Prozent von 50 Milliarden, also 26 Milliarden Goldmark, bekommen. Die französische Regierung behauptet nun, daß sie zwar zahllose Milliarden für den Wiederaufbau Nordfrankreichs habe aufwenden müssen, bisher aber so gut wie nichts davon zurückerhalten habe. Würde man Deutschland zugestehen, daß es nur 30 Milliarden zahle, so bekäme Frankreich, bliebe es bei den 52 Prozent, nur 17 Milliarden Goldmark. Es ist also eine Lösung dieser Differenz dadurch denkbar, daß Deutschland sein Angebot unter der Voraussetzung der Erfüllungsmöglichkeit noch etwas erhöht, während die Alliierten unter sich einen anderen Schlüssel für die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen vereinbaren und Frankreich einen höheren Prozentsatz zugestehen.

Ist es also Frankreich nur um die Sicherung seiner materiellen Forderung zu tun, so hat die Reichstagsdebatte ohne Zweifel einen Fortschritt gebracht. Sie wird eine starke Wirkung auf die internationale Diskussion der Reparationsfrage ausüben, wenn die deutsche Regierung im Sinne der Ausführungen der Redner der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei neue Vorschläge ausarbeitet, die an die Gesamtheit der Alliierten zu richten wären. Es wird sich nunmehr zu erweisen haben, ob die französische Regierung nur an den Wiederaufbau Nordfrankreichs denkt oder ob sie auch dann, wenn die materiellen Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Pläne des nationalistischen Frankreichs verwirklichen will. Herr Poincaré hat wiederholt versichert, daß er sich keine imperialistischen Ziele gesteckt habe. Wenn man seinem Worte Glauben schenken soll, so muß auch er seine Verhandlungsbereitschaft zeigen. So viel man an der Rede des deutschen Außenministers aussetzen kann, so hat er doch in dem einen Punkte recht: Die Interessen des deutschen und des französischen Volkes sind so eng mit einander verknüpft, daß beide entweder zusammen leben oder zusammen untergehen werden.

Das Hungergespenst im Ruhrgebiet.

Die Ausschreitungen in Mühlheim.

Berlin, 19. April. (Eigenbericht.) Mühlheim a. d. Ruhr war auch heute der Schauplatz von bedauerlichen Ausschreitungen. Die Demonstranten, die aus der Umgebung zusammengeströmt waren, waren zum Teil mit Stöcken, zum Teile mit alten Waffen ausgerüstet. Sie sperrten die Straßen ab und hielten die Passanten an. Die Kaufleute hielten ihre Läden geschlossen. Zwei Waffenläden wurden geplündert. Auch in anderen Orten des Ruhrbezirkes kam es zu Ansammlungen und Demonstrationen beschäftigungsloser Arbeiter.

Düsseldorf, 18. April. (Havas.) Die Zahl der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. Ein vom Volkshause zu einer Versammlung ziehender Zug stieß mit der grünen Polizei zusammen, welche den Säbel zog. Eine Reihe von Personen wurde verhaftet. Aehnliche Ausschreitungen ereigneten sich in Mülheim, wo die Polizei gegen die Teuerung protestierende Arbeitslose zerstreute. Eine Person wurde getötet und 15 verletzt. Die Arbeitslosen ersuchten die französischen Behörden um Schutz. — Das Wolffbüro schildert die Vorgänge folgendermaßen: Die Erwerbslosen von Oberhausen und Mülheim zogen heute vormittag in großer Zahl unter kommunistischer und syndikalistischer Führung vor das Rathaus, um über die tarifmäßigen Löhne der Notstandsarbeiten hinaus Forderungen bei der Stadtverwaltung zu stellen. Die Demonstranten rissen das Pflaster auf und warfen mit den Pflastersteinen die Fenster im Rathause ein. Schließlich mußten die Polizeibeamten von der Waffe Gebrauch machen, wobei einige Demonstranten durch Schüsse verletzt wurden. Im Laufe des Nachmittags wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Demonstration der Arbeitslosen von Essen.

Essen, 19. April. (Havas.) Vor dem Rathause kam es zu einer großen Manifestation, an welcher etwa 6000 Arbeitslose teilnahmen. Es kam zu keinen besonderen Zwischenfällen.

Deutschlands wirtschaftlicher Zusammenbruch.

Berlin, 19. April. Nach dem jetzt vorliegenden Berichte des Reichsarbeitsblattes hat sich der Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage im März weiterhin verschlechtert. Von 1.35 Millionen Arbeitern, über welche der Bericht eine Uebersicht gibt, waren im März nur noch 20 Prozent gegen 28 Prozent im Feber in gut beschäftigten Betrieben, 38 Prozent gegen 44 Prozent im Feber, in befriedigend beschäftigten Betrieben, während sich die Zahl der in schlecht beschäftigten Betrieben von 28 Prozent auf 42 Prozent erhöht hat. Das Reichsarbeitsblatt verzeichnet auch für eine ganze Reihe von Industrien eine Verkürzung der Arbeitszeit. Im Berliner Maschinenbau sind Verkürzungen bis auf 24 Stunden pro Woche eingetreten, in der Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen eine solche von 34 Stunden pro Woche. Besonders zahlreich sind die Arbeitseinschränkungen in der Textilindustrie. Auch die Tabakindustrie und das Baugewerbe zeigen eine schlechte Beschäftigung. In der Leder- und Papierindustrie sind Arbeiterentlassungen und Verkürzungen der Arbeitszeit an der Tagesordnung. Nach den Mitteilungen des Verbandes der Schuhfabrikanten hat im März die Absatzstockung nicht nachgelassen, trotzdem der Preis für Schuhwaren in einer Weise herabgesetzt wurde, welcher die Erzeugungskosten nicht deckt. Der größte Teil der Betriebe arbeitet nur noch 24 Stunden in der Woche.

Ungeduld der englischen Handelswelt.

London, 18. April. (Wolff.) In der heute abgehaltenen 63. Jahresversammlung des Verbandes britischer Handelskammern wurde eine von Arthour Balfour eingebrachte Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Unsicherheit bezüglich der Reparationen nachteilig für den Frieden der Welt sei und den Aufschwung der deutschen Industrie und des Handels verhindere, und der Vorschlag gemacht wird, unter Mitwirkung der Internationalen Handelskammer und anderer Verbände eine Zusammenkunft von Geschäftsleuten und Finanzleuten zur Besprechung der Reparationsfrage einzuberufen. Die Entschließung betont, die Sicherheit Frankreichs gegen einen Angriff, auf die es Anspruch habe, müßte unabhängig von der Reparationsfrage gelöst werden.

Kommunistenkongreß in Moskau.

Moskau, 19. April. (AB.) Kameniew, welcher den 12. Kongreß der kommunistischen Partei eröffnete, forderte die Teilnehmer auf, sich nach den in den letzten Artikeln dargelegten Direktiven Lenins, wenn derselbe auch persönlich an den Verhandlungen nichtteilnehmen könne, zu richten. Die Mitteilung von der Besserung im Zustande Lenins wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In dem hierauf erstatteten Berichte erklärte Sinowiew, daß die Einstellung des „Rückzuges" in der Frage der neuen Wirtschaftspolitik, welche von Lenin bei dem letzten Kongresse proklamiert wurde, auch weiterhin der leitende Gedanke der kommunistischen Partei in der inneren und auswärtigen Politik bleiben werde. Die feste Politik Sowjetrußlands in Genua und Haag hat nach Ansicht Sinowiews keine Verschlimmerung der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und dem Auslande herbeigeführt. Rußland hat bereits in achtzehn Staaten seine Handelsvertreter und verhandelt diesbezüglich mit neun weiteren. Sowjetrußland blickt mit Befriedigung auf jede Annäherung an die ausländischen Mächte. Bezüglich der Frage eines eventuellen Krieges erklärte Sinowiew, er glaube nicht an die Wahrscheinlichkeit eines solchen. Die Aufgabe Rußlands müsse es sein, den Augenblick, in welchem es in eine neue europäische Kollision verwickelt werden könnte, hinauszuschieben. Bei Besprechung der im Auslande gelegentlich des über die Geistlichen gefällten Urteils entfalteten Agitation erklärte der Redner: Wir erklären offen, daß bei uns Spione nicht unantastbar sind, auch wenn sie geistliche Würdenträger sind, und das Ausland möge dessen eingedenk sein, daß es nicht mit dem Ruhrlande, sondern mit Sowjetrußland zu tun hat. Redner stellte weiters den erheblichen Fortschritt fest, welchen die Sowjetmacht durch die Erzielung des aktiven Gleichgewichtes im Außenhandel erreicht hat, und erklärte, daß das staatliche Handelsmonopol unverändert bleibt. Aus dem hierauf erstatteten Berichte des Hauptausschusses für Konzessionen ergibt sich, daß bisher 460 größere Konzessionen an Ausländer, darunter 174 Deutsche, 56 Engländer, 50 Franzosen und sechs Amerikaner, erteilt wurden.

Die auswärtige Politik der Sowjets.

Moskau, 19. April. (Verstümmeltes Radiogramm.) Der kommunistische Kongreß hat die Erklärungen Sinowiews über die auswärtige Politik Sowjetrußlands genehmigt, und zwar: Das grundsätzliche Suchen von Freundschaften mit den Völkern des Orients ... Rußland wäre glücklich, wenn es den Weg zu einer Annäherung an Frankreich fände und mit England glattere Beziehungen als in der letzten Zeit unterhalten könnte. Mit Befriedigung blickt es auf die bereits begonnene Annäherung an Japan ... In der weiteren Debatte erinnerte Sinowjew an die frühere Aufklärung der Regierung über die von Litwinow auf der Haager Konferenz angebotene Aufhebung der Konzessionen und betonte, die Konzessionspolitik hänge davon ab, in welcher Weise die verschiedenen Mächte bereit sind, mit ihrer aktiven Mithilfe zum Wiederaufbaue Rußlands beizutragen ... Sowjetrußland verfolge die Religion nicht. Diejenigen aber, welche sich blutiger Verbrechen schuldig gemacht haben, würden unbarmherzig verurteilt werden und keine Erklärungen und Kampagnen würden die Bestrafung der Verbrecher hindern.

Ein „Kreuzzug" gegen Sowjetrußland.

London, 18. April. Reuter meldet aus New-York: Der belgische Kardinal Mercier hat an das hier erscheinende Blatt „Columbia" einen Brief gerichtet, in dem er anregt, der Völkerbund solle einen internationalen Kreuzzug gegen Sowjetrußland veranlassen, damit die Barbarei vernichtet und die Zivilisation gerettet werde. — Der Herr Kardinal hat das richtige Mittel empfohlen, die „Zivilisation zu retten": einen neuen Weltkrieg. Freilich waren Schlächtereien, Kreuzzüge, Scheiterhaufen und dergleichen immer die Waffen, mit welchen die Kirche „die Barbarei vernichtet" hat. Der Kardinal Mercier ist seines herrlichen Vorgängers, des Großinquisitors Torquemada, durchaus würdig.

Vor Lausanne.

Konstantinopel, 19. April. (Havas.) In einem Gespräche mit Journalisten erklärte Ismet Pascha, daß er mit dem Wunsche nach Lausanne abgereist sei, dort einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, der die Stellung und die Rechte der Türkei sichern würde. Die Türkei, erklärte Ismet weiter, wird jede politische, gerichtliche und wirtschaftliche Knechtschaft ablehnen. Vor seiner Abreise hatte Ismet mit dem amerikanischen Oberkommissär Admiral Bristol eine Unterredung.

Der italienische Oberkommissär erklärte den Blättern, daß England und Frankreich in allen wirtschaftlichen, finanziellen und gerichtlichen Fragen, die in Lausanne verhandelt werden sollen, vollkommen solidarisch sind. Die Verhandlungen über die Art der Räumung Konstantinopels werden nach der Ansicht des Kommissärs sehr schwierig sein.

Reuter berichtet: Informierte britische Kreise stimmen zu, daß Frankreich die Vereinigten Staaten auf die durch die an Chester erteilten Konzessionen erfolgte Verletzung des französisch-türkischen Abkommens aus dem Jahre 1914 aufmerksam gemacht hat. Nach dem Sinne dieses Abkommens erteilte die Türkei den Franzosen für die ihr damals von Frankreich gewährten 20 Millionen türkischen Pfund eine Reihe Konzessionen.

Paris, 19. April. (Havas.) Die hiesige Ausgabe des „New York Herald" berichtet aus Washington: Gut informierte Kreise sind der Ansicht, daß zwischen Washington und Paris Verhandlungen aufgenommen werden, um den Streit über die Chester in der Türkei erteilten Konzessionen einem internationalen Schiedsgerichte zur Lösung zu übergeben. Das Staatsamt (Minister des Aeußern) in Washington ist überzeugt, daß die Frage keine internationalen Schwierigkeiten verursacht.

Herrschaftsansprüche des Exsultans.

London, 17. April. (Reuter). Der vormalige Sultan hat eine Proklamation an die Welt des Islams gerichtet, in der er erklärt, er selbst habe sich der Teilnahme der Türkei am Weltkriege widersetzt, und in der er sich gegen die Trennung des Sultanates vom Kalifate sowie gegen die Verlegung der Hauptstadt nach Angora erklärt. Er sagt, er habe nur zeitweilig abgedankt, um die Stellung des Kalifates zu stützen. Er richtete heftige Angriffe gegen Mustafa Khemal Pascha, den er als den Verderber der Nation bezeichnet, weigert sich zum Schlusse, die Entscheidungen der Angoraregierung anzuerkennen und spricht seinen Unwillen über die zwischen den Khemalisten und Bolschewisten bestehende Verbindung aus.

Ein Bombardement als „Strafe".

Konstantinopel, 18. (Havas). Einige englische Flugzeuge bombardierten Orte in der Nachbarschaft von Sulejmanije. Die Bevölkerung floh auseinander. Reuter bestätigt, daß es sich um eine Scheik Mahmut auferlegte Strafe handelt, welcher in Gemeinschaft mit den Türken der Urheber der Intrigen gegen Mesopotamien war.

Der Kampf Belgrads gegen Agram.

Belgrad, 19. April. Angesichts der reservierten Haltung der Demokraten und der Bauernbündler zu der Frage der Zusammenstellung einer erweiterten Koalitionsregierung überwiegt bei den Radikalen die Auffassung, daß der beste Ausweg aus der gegenwärtigen parlamentarischen Krise die Bildung eines homogenen radikalen Kabinetts Pasic wäre, da dieses der derzeitigen parlamentarischen Opposition vollauf gewachsen wäre. Außerdem würde diese Lösung der Krise schließlich Radic zwingen, mit seinen Anhängern früher oder später im Parlament zu erscheinen, wodurch der staatsrechtlichen Abstinenz der Kroaten endlich ein Ziel gesetzt wäre. Trotzdem ist die Krone bestrebt, die Bildung eines stärkeren antirevisionistischen Regierungsblocks herbeizuführen, wodurch einer baldigen Vornahme von Neuwahlen vorgebeugt werden würde. Aus diesem Grunde erwartet man, daß der König Pasic zunächst das Mandat zur Bildung eines Koalitionskabinettes erteilen werde.

Vor zwei Tagen kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoße einer Gendarmeriewache mit kroatischen Bauern in der Nähe von Agram, wobei drei Bauern getötet wurden. Wie die eingeleitete Untersuchung ergab, wurde der Konflikt dadurch verursacht, daß sich die Bauern unbefugt in Amtshandlungen der Gendarmerie einmischten, worauf letztere in Notwehr von der Waffe Gebrauch machen mußte.

Der Verzweiflungskampf der irischen Aufständischen.

Dublin, 19. April (Havas). Die regulären Truppen belagern einige widerspenstige Führer in einer Höhle in der Grafschaft Kerry. — Nach einer Meldung aus Washington haben die dortigen Behörden die Ausweisung des irischen Agitators Jim Larkin angeordnet.

Inland.

Ein Willkürakt gegen die Aussiger Schulen. Der Prager Landesschulrat hat mit Erlaß vom 17. Feber 1923 sieben Volksschulklassen für Mädchen mit den entsprechenden Klassen für Knaben vereinigt. Dieses Vorgehen, durch welches die erste, zweite, dritte und siebente Volksschule in Aussig getroffen werden, verletzt die bestehenden Gesetze in flagranter Weise. Es ist nicht zulässig, das organische Ganze einer Volksschule durch derartige Eingriffe zu zerstören, der Landesschulrat im besonderen hat kein Recht, Schulklassen, die von Kindern verschiedenen Geschlechtes besucht werden, mit einander zu kopulieren und endlich wird durch die anbefohlene Zusammenziehung in manchen der so hergestellten Sammelklassen eine Schülerzahl erreicht, die das gegenwärtig zulässige, an sich schon horrende Maximum noch überschreitet. Die Ungesetzlichkeit und pädagogische Verwerflichkeit des Erlasses hat den Bezirksschulausschuß Aussig dazu veranlaßt, einem energischen Protest unseres Genossen, Bürgermeister Pölzl zuzustimmen. Zu einer förmlichen Annahme der Pölzl'schen Resolution durch den Bezirksschulausschuß kam es aber nicht, weil dessen Vorsitzender, Statthaltereirat Dr. Kladivko, sich weigerte, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. Damit verstieß der Herr Rat genau so gegen die bisher geltenden Gesetze wie der Prager Landesschulrat mit seinem Erlasse. Denn die Vorsitzenden der Bezirksschulausschüsse haben vorderhand dieselben Rechte und Pflichten wie die Vorsitzenden der früheren Bezirksschulräte und danach ist es ihnen bloß gestattet, die „Ausführung" von ihrer Meinung nach ungesetzlichen Beschlüssen einzustellen, vorausgesetzt, daß sie binnen drei Tagen die Erlaubnis des Landesschulrates einholen, aber das Zustandekommen eines Beschlusses dürfen sie nicht verhindern. Gegen die doppelte Ungesetzlichkeit des Prager Landesschulrates und des Aussiger Statthaltereirats sind der Schul- und der Innenminister gleicherweise verpflichtet, einzuschreiten. Eine Interpellation der Genossen Beutel, Kirpal und Cermak macht sie auf den Fall aufmerksam. Wir sind neugierig, ob sie dem Gesetze zu seinem Rechte verhelfen werden, auch wo es um das Wohl deutscher Schulen geht.

Polizisten in der Reichenberger Stadtverordnetensitzung! In der gestrigen Stadtverordnetensitzung in Reichenberg kam es zu erregten Szenen, als es bekannt wurde, daß auf der Galerie Beamte der Staatspolizei sitzen, welche die Sitzung überwachten und die Beratungen mit dem Notizstift in der Hand verfolgen. Der Bürgermeister ließ unter allgemeiner ungeheurer Entrüstung die Polizeibeamten entfernen und schloß zum Proteste die Sitzung. In der Sitzung war über die Verfügung der politischen Landesverwaltung, die der Stadt Reichenberg die Autonomie entzog, verhandelt worden.

Die Prager Rektorsfrage. Im Einvernehmen mit dem Rektor hat der akademische Senat in seiner Sitzung am 19. April beschlossen, den Minister für Schulwesen und Volkskultur unter Berufung auf althergebrachten akademischen Brauch dringend zu ersuchen, zur Wahrung des akademischen Charakters der Rektorwürde dem Demissionsgesuch ehebaldigst stattzugeben.

Die Plenarversammlung der ständigen Konsumentenenquete findet heute um 10 Uhr vormittags im Ministerium für Volksernährung mit folgender Tagesordnung statt: Regelung des Zuckerpreises (Erklärung des Ministers Tučný), die Frage eines einheitlichen Tarifes in den Prager Zentralschlachtbänken und Regelung der Marktverhältnisse, die Frage der Mehl- und Getreideausfuhr, die Frage der Einfuhrgebühren für Mehl fremden Ursprungs und freie Anträge.

Die fürsorgliche politische Bezirksverwaltung Aussig. Die Sektion Lerchenfeld unserer Bezirksorganisation Aussig Stadt plante für den 1. Mai abends eine Vorstellung des bekannten Volksstückes „Die Waffen nieder" nach dem Friedensroman von Berta Suttner. Wie uns nun aus Aussig mitgeteilt wird, trägt sich die dortige politische Bezirksverwaltung mit dem Gedanken, die Aufführung zu verbieten. Dieses Verbot wäre, wenn es wirklich durchgeführt würde, eine Blamage ersten Ranges, weil sich damit die Behörden der Tschechoslowakei selbst das Zeugnis ausstellen würden, daß sie jede Friedenspropaganda mit Gewalt unterdrücken wollen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die politische Landesverwaltung darum kümmert, in welcher Weise das Ansehen des Staates durch die politischen Bezirksverwaltungen geschädigt wird.

Die kommunistische Maidemonstration in Dux verboten. Die politische Bezirksverwaltung von Dux hat die kommunistische Demonstration am 1. Mai mit der Begründung verboten, daß durch die Durchführung des vorgesehenen Programmes die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden könnte! Das Programm ist dasselbe, wie es im „Rude Pravo" als einheitliches veröffentlicht wurde.

Willkürliche Versammlungsauflösung. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte Montag, den 16. April in Freistadt (Oststschlesien) eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Schutzgesetz und andere aktuelle Fragen" einberufen. Der anwesende Regierungsvertreter erklärte, — er dulde keine Kritik des Schutzgesetzes. Als der Redner, Abg. Heeger sagte: „Wird dieses Gesetz rücksichtslos zur Anwendung gebracht, dann hat es den Vorteil, die Bautätigkeit zu fördern, weil die Gefängnisse und Kerker in der Republik sich zu klein erweisen würden, um alle Verurteilten unterzubringen" löste

der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Dieser Vorgang ist ein unerhörter Willküraft eines politischen Beamten, ist die Unterdrückung jeder Willensmeinung, jedes freien Wortes, nimmt den Abgeordneten schlechtweg die Möglichkeit, ihren Wählern Bericht zu erstatten, sodaß sich die Abgeordneten Genossen Heeger und Jokl genötigt sahen, an den Minister des Innern folgende Anfrage zu stellen: Ist der Minister des Innern bereit, den politischen Bezirksverwaltungen Weisungen zukommen zu lassen, damit in Zukunft solche ganz willkürliche Versammlungsauflösungen nicht mehr erfolgen.

Der Zerfall der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten. Vor kurzem haben die Vertreter der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten in der Gemeindevertretung Kosten, um die Auflösung dieser Vertretung zu erzwingen, ihren Austritt aus der Partei erklärt und dadurch tatsächlich die Auflösung der Gemeindevertretung Kosten herbeigeführt. Die ursprüngliche Absicht nun, nachdem der Zweck ihres Schrittes erreicht ist, wieder in die Partei zurückzukehren, wurde jedoch nicht verwirklicht. Vielmehr hat sich die Partei der tschechoslowakischen Sozialisten in Kosten überhaupt aufgelöst und ihre Mitglieder haben sich in einer Versammlung am 8. April der Partei der unabhängigen tschechoslowakischen Sozialisten (Richtung Vrbenský-Drazl) angeschlossen.

Ungesetzliche Verhinderung einer Gemeindewahl. In der Gemeinde Röscha, Vertretungsbezirk Jechnitz, wurde nach dem Umsturz eine Verwaltungskommission mit einer tschechischen Mehrheit und einem tschechischen Vorsitzenden gewaltsam eingesetzt. Die letzte Volkszählung ergab eine deutsche Mehrheit in der Gemeinde. Die deutsche Mehrheit in der Gemeinde Röscha, die Bezirksverwaltungskommission des Bezirkes Jechnitz, sowie Abgeordnete der verschiedenen Parteien verlangten wiederholt die Ausschreibung der Gemeindewahl in diesem Orte. Es wurde auch diesem berechtigten Verlangen insoweit Rechnung getragen, daß bereits zweimal die Durchführung der Gemeindewahl angeordnet, die Wahl selbst aber bis heute vereitelt wurde. Die Veranlassung zur Hinausschiebung der Wahl gibt die von einer Seite angestrebte Vereinigung einer mit Röscha gar nicht zusammenhängenden Ortsgemeinde. Die Aufschiebung der Wahl widerspricht auch den Bestimmungen des Paragraph 10 der Gemeindewahlordnung. Die Abgeordneten Cermak und Hirsch richteten im Abgeordnetenhause eine Anfrage an den Minister des Innern, in der es heißt: 1. Ist der Minister bereit, Aufklärung über die ungesetzliche Verhinderung der Gemeindewahl in Röscha zu geben? 2. Ist er bereit, Sorge zu tragen, daß in diesem Orte die Gemeindewahl endlich angeordnet und durchgeführt wird?

Die Einbeziehung des Hultschiner Ländchens und Ostschlesiens in die kommenden Gemeindewahlen. Ueber drei Jahre sind das Hultschiner Ländchen und Ostschlesien an den tschechoslowakischen Staat angeschlossen und noch immer amtieren in den Gemeinden nach eigener Willkür die von der Regierung eingesetzten Kommissäre. Dieser Zustand wirkt aufreizend und verbitternd auf die Bevölkerung, denn im Hultschiner Ländchen hatte knapp vor dem Anschluß an die Tschechoslowakei die Bevölkerung auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes eine zeitgemäße Vertretung in den Gemeinden gewählt. In dem abgetrennten Teile Ostschlesiens hat Polen bereits vor mehr als einem Jahre die Wahlen in den Gemeindevertretungen durchführen lassen. Diese Vertretungen wurden nun aufgelöst und Regierungskommissionen eingesetzt. Sollen die Staatsbürger dieser Gebiete auch weiterhin als Staatsbürger zweiter Kategorie betrachtet werden? Schon vor zwei Jahren wurde von der Regierungsbank das Versprechen gegeben, daß auch in diesem Gebiete die Wahlen durchgeführt werden. Seither hat man sich aber immer dieser Verpflichtung durch nichtige Ausreden entzogen. Mit Rücksicht darauf, daß heuer im ganzen Staate die Neuwahlen in die Gemeindevertretungen durchgeführt werden, richteten die Abg. Genossen Jokl, Heeger und Dr. Haas folgende Anfrage an den Minister des Innern: Ist er geneigt, auch die Durchführung der Gemeindewahlen im Hultschiner Ländchen und Ostschlesien zugleich mit den übrigen Gemeindewahlen anzuordnen?

Der Streik der chemischen Arbeiter.

Lügen und Hetzen der deutschen und tschechischen bürgerlichen Presse.

Aussig, 19. April. (Eigenbericht.) Die Streiklage ist unverändert. Die Arbeiterschaft der Schichtwerke versammelte sich Donnerstag zu einer Versammlung, in der die neuen Modalitäten der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung besprochen wurde. Die Arbeiterschaft steht nach wie vor auf dem Standpunkt, für ihre gerechten Forderungen den Kampf gegen das Unternehmerdiktat weiterzuführen. Die Verhandlungsversuche, die über Einflußnahme der Behörden begonnen wurden, sind auch weiterhin fortgesetzt worden, ohne daß bisher über das Ergebnis etwas Definitives gesagt werden könnte.

In der „Bohemia" schreiben die Unternehmer, daß der Streik im Abflauen begriffen sei und daß neben den Centrawerken verschiedene kleinere Betriebe die Arbeit aufgenommen hätten. Diese Darstellung ist eine offensichtliche Lüge, da keineswegs Arbeiter in kleineren Betrieben die Arbeit aufnehmen, sondern im Gegenteil immer neue kleinere Betriebe sich dem Streik anschließen. Bezeichnend ist es übrigens, daß die „Narodni Politika" den jetzigen schweren Kampf der Arbeiter der chemischen Industrie zu einer nationalen Hetze auszunützen versucht. Das Blatt schreibt, daß deutsche Unternehmungen, insbesondere die chemischen Fabriken, deutsche Arbeiter auch auf Kosten der tschechischen Arbeiter aufnehmen. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Unternehmer sich auch die Hilfe der tschechischen Bourgeoisie sichern möchten, um durch nationale Differenzen die tschechische Oeffentlichkeit gegen die deutschen Arbeiter zu hetzen. Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, einen Keil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben, da der Kampf geschlossen von den Arbeitern beider Nationen geführt wird.

Opfer des Kapitalismus.

Explosionskatastrophe in Budapest. — Frauen und Kinder verbrannt. — Eine Zelluloidfabrik ohne Feuerschutz.

Wien, 19. April. (Eigenbericht.) In Budapest kam es heute in der Knopf- und Kammfabrik Willner und Möller um dreiviertel ein Uhr zu einer furchtbaren Zelluloidexplosion infolge eines Kurzschlusses. Da in den zu kleinen, im Keller untergebrachten Fabriksräumen auch die primitivsten Feuerschutzvorrichtungen fehlten, gelang es nur zehn Arbeitern, durch das Flammenmeer ins Freie zu fliehen. Acht Arbeiter fand man schwerverwundet in den Trümmern. Elf Arbeiter und zwar zwei Männer, fünf Frauen und vier Kinder verbrannten vollständig. Sachverständige erklärten, es sei unglaublich, daß in solchen Räumen ein derart gefährlicher Betrieb geduldet wurde.

Die „Sanierung" Oesterreichs.

Wien, 19. April. Nach einer amtlichen Mitteilung sind die Vorberatungen des österreichischen Komitees in Genf beendet. Die große österreichische Sanierungsanleihe wurde gesichert und zu ihrer Ausschreibung wird es in allernächster Zeit kommen. Demgegenüber wurde heute im Parlamente im Zusammenhange mit der heutigen Reise des Bundeskanzlers Dr. Seipel nach Genf darauf verwiesen, daß neue Schwierigkeiten aufgetaucht sind.

In der morgigen Sitzung des Finanzausschusses wird den Parteien der Regierungsmehrheit ein Antrag unterbreitet werden, daß mit Rücksicht darauf, daß mit dem 30. April die viermonatige Frist des Budgetprovisoriums abläuft und der ordentliche Voranschlag wegen der Obstruktion der Sozialdemokraten nicht erledigt werden kann, ein einmonatiges Budgetprovisorium bewilligt werde.

Vor einem Lohnkampf der österreichischen Beamten.

Wien, 19. April. Am 1. Mai endet das Gehaltsindexgesetz und es ist bis nun noch nicht bekannt, ob die Regierung die Gültigkeit des Gesetzes verlängern oder einen neuen Gesetzentwurf, betreffend die Gehaltsregulierung der Beamtenschaft, vorlegen wird. Die Staatsbeamtenschaft aller Kategorien meldet mit Rücksicht auf die steigende Teuerung schon jetzt neue Gehaltsforderungen an und drängt auf ihre rasche Erledigung. Die Forderungen gehen weit über den Index hinaus und in den Reihen der Beamtenschaft wird für ein energisches Vorgehen agitiert, welches nicht einmal bei einem Streik halt machen soll. In die Lohnbewegung greift neben der Staatsbeamtenschaft auch die Beamtenschaft der autonomen Körperschaften ein.

Die Forderungen der sozialdemokratischen Partei zur neuen Regelung der Arbeitslosenunterstützung werden bei der Regierung gleichfalls energisch betrieben.

Polens Militarismus.

Warschau, 19. April. In der gestrigen Sitzung des Militärausschusses legte Kriegsminister Sosnkowski die Gesetzesvorlage über die allgemeine Militärdienstpflicht vor. In der Debatte sprachen sich einige Abgeordnete für die Verkürzung der Militärdienstpflicht aus. Kriegsminister Sosnkowski erklärte darauf, er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn er die Sicherheit hätte, daß zumindest in den nächsten zehn Jahren kein neuer Krieg ausbrechen würde.

Tages-Neuigkeiten.

Prager Journaille.

Eine Antwort an das „Montagsblatt".

Herr Dr. Franz Bacher, der politische Scharfmacher im „Montagsblatt", hat diese Zeitung sowohl durch seinen letzten reaktionären Artikel als auch durch sein Konterfei, das nachher zu einer Karikatur „berichtigt" wurde, heillos lächerlich gemacht. Herr Kuh, der Chefredakteur dieser Zeitung, vervollständigte die Blamage, indem er uns eine Berichtigung einsandte, die, indem sie an Formalien rüttelte, das Sachliche unseres Artikels und unserer Notiz bestätigte. Die Antwort, die wir dem Herrn Oscar Kuh erteilten, hat ihn und den Herrn Dr. Bacher begreiflicherweise noch mehr in Aufregung gebracht und so sannen sie jedenfalls auf Rache. Da nun, was wir von der erzreaktionären Bestrebungen und der kitzelnden Eitelkeit des Dr. Bacher geschrieben, unwiderleglich, ist, glaubten die beiden, ihr Mütchen an uns dadurch abkühlen zu können, daß sie uns fortgesetzt mit Paragraph 19-Berichtigungen bombardieren. Aber nicht etwa mit ernsten, dem Gesetze entsprechenden Richtigstellungen, sondern mit bewußtungesetzlichen Berichtigungen, die nur der Vorwand dazu sind, uns irgendwie zu „beschimpfen", da es ihnen an sachlichen Argumenten gebricht. Kuh und Bacher, der kein Chefchen sein will, dachten wohl, daß wir ihre unsinnige zweite Berichtigung, die wir gestern erhielten, nicht abdrucken werden, weil sie ja ungesetzlich ist, und daß sie sich dann so aus der Affäre ihrer rückschrittlichen Artikel und aufgeblasen-lächerlichen „Karikaturen" werden ziehen können. Die beiden Herren haben sich geirrt. Wir stellen fest, daß Herr Kuh in der uns eingesandten zweiten Berichtigung „feststellt", daß „das „Montagsblatt" die Geschäfte der Reaktion nicht besorgt", daß er vielmehr in seiner Redaktion gesagt habe: „Was die dort zusammenschmieren, ist mir vollständig egal". Wie sehr dem Kuh unser Schmieren „egal" ist, soll wohl dadurch bewiesen werden, daß er uns nun schon die zweite Berichtigung übersendet! Eine Berichtigung über einen scherzhaften Dialog, den wir selber ausdrücklich als erfunden bezeichneten, um Schwachköpfen die Lektüre unserer Notiz zu erleichtern! Der Herr Kuh glaubt wahrscheinlich, daß das Preßgesetz nur dazu da ist, daß er daran seinen albernen Witz übe und so mißbraucht er dieses Gesetz, um sein lächerlich gemachtes Blatt und den verspotteten Bacher durch Mätzchen zu rehabilitieren, die eines anständigen Journalisten unwürdig sind. Daß dem Chefredakteur und dem Leitartikler eines politischen Blattes das Rechtsmittel der Berichtigung als Scherzartikel dient, ist eine Erscheinung, der man außerhalb Prags wohl schwerlich begegnen dürfte. Hier aber blüht diese Journaille herrlich, die aus persönlichem und gesetzlichem Interesse die öffentliche Meinung kauft und verkauft, der nicht so ernst ist wie das eigene jämmerliche Ich. Man darf sich über die Manieren des „Montagsblattes" nicht wundern. Sind doch seine Redakteure zum Teil gleichzeitig auch Redakteure der „Bohemia", mit der das „Montagsblatt" zwar jeden Zusammenhang leugnen möchte, deren Insasse es aber trotz alledem ist. Und auf welcher Stufe etliche Redakteure der „Bohemia" stehen, das hat die Kraus-Jagd deutlich bewiesen. Daß sie reaktionär sind, ist noch ihr mindester Schönheitsfehler. Aber eben diesen Schönheitsfehler hat der sonst so liebliche Bacher, der dem „Montagsblatt" und der „Bohemia" gleichzeitig dient, mit seinem Kampf gegen das direkte Wahlrecht erst vor einigen Tagen wieder bewiesen. Man muß nur staunen, woher dieser Herr den Mut nimmt, sich einer längeren Beschäftigung mit seiner Person auszusetzen. Der Mann, der das Wort von den „Börseanern der Arbeit" geprägt hat, sollte doch wenigstens das Taktgefühl aufbringen, im Hintergrund zu bleiben, statt sich Tag für Tag neu anprangern zu lassen. Mit dem traurigen Witzbold Kuh aber sich näher zu beschäftigen, lohnt nicht der Mühe. Es würde uns wundern, wenn wir von ihm morgen nicht eine dritte Berichtigung erhielten, in der er feststellt, daß in Prag die Journaille nicht herrlich gedeiht und daß er selber kein trauriger, sondern ein heiterer Witzbold sei.

Wahre Kulturträger sind die Leitungen einer Reihe von deutschen Vereinen in Aussig. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Leitungen verschiedener Ortsgruppen des „Bundes der Deutschen", der Deutschen Nationalpartei, der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und aller übrigen gelben Gewerkschaftsorganisationen, des deutschnationalen Frauenbundes, des DHV., des Ruder- und Eislaufvereines, des Gewerbevereines, des Aussiger Schießstandsvereines, des „Wandervogel Aussig", verschiedener deutschnationaler Gesangvereine, des absolvierten Verbandes der Aussiger Handelsakademiker und des „Deutschen literarischen Vereines" Aussig an die Leitung des Stadttheaters eine Beschwerde gerichtet, in der sie mit „Entrüstung" davon Kenntnis nehmen, daß im Aussiger Stadttheater das französische Lustspiel „Riki" während der Zeit der Ruhrbesetzung aufgeführt wurde. Alle diese Vereine, die sich um das Theater überhaupt nicht kümmern, sind einer Diskussion über irgendwelche künstlerischen Fragen nicht wert. Aber vom „Deutschen literarischen Verein", der aus fast allen germanistischen Professoren der Stadt Aussig besteht, sollte man doch annehmen, daß er sich über die kulturfördernde Bedeutung der Kunst im klaren ist. Ohne auch nur mit einem Wort über die Qualität des Stückes zu sprechen, wird einfach gegen die Aufführung protestiert, weil es — von einem Franzosen stammt. Daß sich damit alle Protestler in eine ähnliche lächerliche Lage versetzen, wie die Franzosen, die während der Kriegszeit keine Wagneropern aufführten, oder wie die Tschechen, die lange nach dem Kriege einen ähnlichen nationalen künstlerischen Boykott betrieben, scheint diesen Helden von jetzt nicht in den Sinn zu kommen. Ganz Aussig lacht über die Anmaßung, die in diesem Protest aller Spießbürger gemeinsam mit den germanistischen Professoren zum Ausdruck kommt und die Herren haben sich damit auf längere Zeit hinaus des Rechtes begeben, überhaupt von der Oeffentlichkeit ernst genommen zu werden.

Kampf dem Alkoholismus! O. H., ein Haidaer Genosse schreibt uns: „Wir Arbeiter kämpfen gegen den Kapitalismus. Wir kämpfen gegen alles, was uns unterdrücken will. Wir kämpfen aber nicht gegen das, was uns unfähig macht, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen, gegen das, was uns ganz und gar unfähig macht, überhaupt noch gute Arbeit oder geistigen Kampf zu leisten. Gegen das sind wir blind geworden. Wir sehen es nicht. Schlimmer wie die Pest richtet es die Menschen hin, und immer noch sehen wir es nicht. Wieviel Tausende Arbeiter sind durch den hinterlistigen Freund und elenden Feind, den Alkohol, zugrunde gegangen! Wieviel tausend Familien sitzen heute zu Hause, hungernd und darbend, nur weil der Mann seinen Lohn, der so nur noch ein paar Heller ist, in ein Gasthaus oder in eine Schnapsschenke trägt! Nur wir Arbeiter spüren es, was für Elend der Alkohol anrichtet. Und dennoch sind wir blind. Wenn wir das alles selbst sehen, wirklich sehen würden, müßten wir uns schon längst herausgearbeitet haben. Laßt die Reichen trinken; unsere Gesundheit muß uns tausendmal lieber sein als der Alkohol. Haben wir auch soviel überflüssiges Geld? Schade für jeden Heller, kaufen wir uns darum doch lieber Brot! Wir wollen und wir müssen einmal stark sein, den Kampf gegen das Volksgift aufzunehmen. Wir wollen frei sein von allem, was uns unterdrückt. Wir alle wissen jetzt noch gar nicht, wieviel Gutes wir damit tun, nicht lang brauchen wir zu warten, würden wir sehen lernen. Wir müssen nur alle sofort ans Werk gehen und den Alkohol bekämpfen. Die Schwächlinge unter uns, die noch immer nicht imstande sind, zu kämpfen, sollen wenigstens an der Jugendarbeiten helfen. Sie muß von neuem erzogen werden. Euere Kinder dürfen keinen Tropfen Alkohol zu sich nehmen, sie dürfen kein einzigesmal Tabakmist in ihren Mund nehmen. Lasset sie auch kein Schundkino besuchen! Gegen alle Volksgifte müssen wir alle kämpfen. Dann erst werden wir doppelt so schnell den Kapitalismus niederringen können."

Eine jämmerliche Niederlage der Gelben in Chodau. Die Deutschgelben hatten für Montag abends in Chodau eine öffentliche Vereinsversammlung einberufen, zu der weit über 2000 Personen, allerdings zum Großteil Sozialdemokraten und Kommunisten, erschienen waren. Nach dem mehr als belanglosen Referate des deutschgelben Landessekretärs Krebs gelangten die Genossen Wondrak und Grundl und auch der Kommunist Schwab zu Worte, welche die Ausführungen des hakenkreuzlerischen Sekretärs einer so vernichtenden Kritik unterzogen, daß es dieser vor Schluß der Versammlung vorzog, unter dem Schutz unserer Genossen sein Heil in der Flucht durch ein Fenster zu suchen. Die Versammlung war wieder ein Beweis dafür, daß für die Deutschgelben im Elbogener Industriebezirk kein Agitationsboden ist.

Unsere Toten. In Karlsbad ist dieser Tage Genosse Anton Lugert gestorben. Lugert gehörte zu den ersten Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereines in Karlsbad und hat es verstanden, besonders die in kleinbürgerliche Ideen eingesponnenen Schneidergehilfen zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. Er stand viele Jahre hindurch an der Spitze der von ihm gegründeten Fachorganisation der Schneider, war ein äußerst rühriges Mitglied der Konsumvereinsbewegung und leitete nach dem Umsturz als Gauleiter für Ostböhmen die Organisationen der Bekleidungsarbeiter dieses Gebietes. Lugert war Stadtverordnetenersatzmann von Karlsbad und gehörte in dieser Eigenschaft dem Gewerbeausschusse dieser Stadt an. Mit Lugert sinkt, wie unser Karlsbader Bruderblatt schreibt, „ein Stück Karlsbader Parteigeschichte ins Grab. Was er uns gewesen, können wir erst jetzt ermessen, da der bescheidene ruhige Mann, dessen Wort uns allen immer viel gegolten, nicht mehr unter uns weilt."

Die Ansiedlung der Ordensschwestern des heil. Borromäus in Olbersdorf in Schlesien ist Gegenstand einer Interpellation der Abg. Genossen Heeger und Jokl. Wie die Gemeindevertretung von Olbersdorf in Erfahrung gebracht hat, soll mit Zustimmung des Ministeriums für Volkskultur, das bisher in Polnisch-Teschen untergebrachte Mutterhaus des weiblichen Ordens vom heil. Borromäus nach Olbersdorf verlegt werden. Der genannte Orden besitzt in Olbersdorf zwei Häuser und es sind weitere Zubauten geplant. Drei Wohnparteien in den Eigenhäusern des Ordens wurden bereits gekündigt. Dies, obwohl die Gemeindeverwaltung von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und sich gegen die Einwanderung der Ordensschwestern ausgesprochen hat. Die gekündigten Parteien sind durchwegs Staatsbeamte, für die die Gemeinde nunmehr Wohnungen beschaffen soll, was angesichts der in Olbersdorf herrschenden Wohnungsnot eine Unmöglichkeit ist. Mit Rücksicht darauf, daß die An-

siedlung der Nonnen die Wohnungsnot verschärfen, und die Gemeinde materiell belasten würde und auch von der gesamten Bevölkerung des Ortes nicht gewünscht wird, fragen die Interpellanten den Minister für Volkskultur: Ist es richtig, daß die Uebersiedlung dieses Ordens mit Zustimmung des Ministeriums für Volkskultur erfolgt? Wenn ja, ist der Herr Minister geneigt unter Berücksichtigung der angeführten Gründe die Zustimmung zurückzuziehen?

Der gschamige Zensor. Die Brünner Polizeidirektion hat dem tschechischen Theater in Brünn die Weiteraufführung von Wedekinds „Frühlingserwachen" untersagt. Wedekinds Kindertragödie wird seit Jahren auf fast allen deutschen Bühnen gespielt und konnte vor einiger Zeit auch im Prager tschechischen Nationaltheater anstandslos aufgeführt werden. Dem Brünner Zensor war es vorbehalten, die Ehre der Tschechoslowakei als Nachfolgestaat des alten Oesterreich zu retten.

Der Zugsverkehr von Prag nach Oderberg. Die Festsetzung der Abfahrtszeiten der Schnellzüge von Prag nach Oderberg erweist sich als äußerst unglücklich und in keiner Weise den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend. Die fünf in dieser Richtung verkehrenden Schnellzüge haben folgende Abfahrtszeiten: 7 Uhr 10 Minuten, 12 Uhr 30 Minuten, 22 Uhr 40 Minuten, und 0.20 Uhr. Während von mittags bis abends gar kein Schnellzug in der Richtung Oderberg abgeht, werden dann innerhalb drei Stunden drei abgelassen. Infolge dieser Einteilung sind alle aus den mährisch-schlesischen Gebieten in Prag beruflich tätigen Personen gezwungen, entweder auch die Nachtzur Rückfahrt zu benützen oder die großen Kosten und die Zeitversäumnis einer Uebernachtung auf sich zu nehmen. Dem könnte mit Leichtigkeit abgeholfen werden, wenn der Zug, der um 21 Uhr von Prag abgeht, zwischen 15 und 16 Uhr abgelassen würde. Zu diesem Zuge ließe sich auch leicht der sofortige Anschluß nach Troppau, Friedek und Teschen herstellen. Zu bemerken ist, daß bis zum Jahre 1919 ein solcher Zug, der für die Bevölkerung als der zweckmäßigste erscheint, abgelassen wurde. Seine Einstellung erscheint gänzlich unverständlich und zeigt von einer krassen Unkenntnis der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse. Die Abg. Genossen Jokl und Heeger richteten im Abgeordnetenhause folgende Anfrage an den Eisenbahnminister: Ist der Minister geneigt, bei der Neuregelung des Fahrplanes dem Wunsche der Bevölkerung Schlesiens und Ostmährens Rechnung zu tragen.

Skandalöse Zustände in der deutschen Papierbranche. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst — Berlin meldet: Ein neuer Skandalprozeß in der Papierbranche ist in Vorbereitung. Wie wir erfahren, schwebt bei der Berliner Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen den Vertreter eines großen Verbandes der Papierbranche wegen schwerer Betrügereien bei Lieferungen nach dem Ausland. Es handelt sich um einen Herrn, der früher einem großen rechtsstehenden Berliner Zeitungskonzern sehr nahe gestanden hat. Haussuchungen und Beschlagnahmen haben bereits stattgefunden. Schwerwiegendes Beweismaterial wurde hierbei sichergestellt. In der Angelegenheit sollen auch Persönlichkeiten des in Frage stehenden Verbandes stark kompromittiert sein. Nach allem, was man in letzter Zeit gehört hat, scheinen im Papiergroßhandel und vor allem im Papierexportgeschäft teilweise wenig erfreuliche Zustände zu herrschen. Angeblich ist ja ein Teil der außerordentlich großen Export- und Valutagewinne der Papierindustrie in den Dienst einer Verbilligungsaktion für Zeitungspapier gestellt worden. Herausgekommen ist dabei praktisch nicht viel. Auf keinem Gebiet ist aber die willkürliche großkapitalistische Profitwirtschaft verhängnisvoller als auf dem Gebiete der Papierproduktion. Durch die ungeheuere Verteuerung des Papierpreises wird die Lage der wirklich noch unabhängigen Presse immer schwieriger und die Gefahr, daß sie, soweit das nicht schon geschehen, auch in Abhängigkeit bestimmter Kapitalisteninteressen gerät, immer größer. Für diese Gefahr ist bezeichnend, daß sich in den letzten Tagen die Organisation der großen Zeitungsverleger mit einer Erklärung an die Oeffentlichkeit wandte, in der sie ihre Bedenken gegen das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Presse aussprach. Bis jetzt sind alle Versuche, die Papierwirtschaft einer wirksamen staatlichen Kontrolle zu unterstellen und sie der Sphäre des reinen privatkapitalistischen Interesses zu entziehen, leider erfolglos geblieben. Die vorausgesagten bedenklichen Folgen sind inzwischen auch nicht ausgeblieben und werden sich, trotz Erklärungen und Kundgebungen, in verstärktem Maße weiter bemerkbar machen, wenn das Uebel nicht von staatswegen von der Wurzel aus kuriert wird.

Riesenbetrügereien auch in polnischen Banken. Aus Posen wird gemeldet: Die hiesige Staatsanwaltschaft hat einen Haftbefehl gegen den Direktor der Amerika-Europa-Bank Elektorwicz erlassen, welcher beschuldigt wird, große Betrügereien begangen zu haben. Elektorowicz flüchtete, bevor man seiner habhaft werden konnte.

Die Kommission des Völkerbundes für gemeinsame intellektuelle Arbeit hat drei Unterkommissionen gebildet. Die erste soll sich mit wissenschaftlichen Büchereien und der Bibliophilie befassen, die zweite mit Beziehungen aller Universitäten der Welt untereinander sowie mit der Geltung der Universitätsdiplome in allen Staaten, die dritte mit der Regelung der Rechte der intellektuellen Arbeiter, der intellektuellen Tätigkeit und des Eigentumsrechtes auf wissenschaftliche Arbeiten. Ein zu bildendes Zentralorgan soll eine analytische Bibliographie der wissenschaftlichen Werke aller Staaten herausgeben. Auch die Frage des internationalen Austausches wissenschaftlicher Publikationen soll eine wesentliche Besserung erfahren.

Der Prozeß gegen den Mörder des Warschauer Metropoliten. Aus Warschau wird gemeldet: Der Prozeß gegen den gewesenen Archimandriten Smaragd, den Mörder des griechisch-katholischen Metropoliten Georg, wurde nach dreitägiger Verhandlung vom außerordentlichen Gericht Mittwoch beendet. Das Urteil lautet auf Rückverweisung des Strafverfahrens an ein ordentliches Gericht, da die Möglichkeit einer Geistesstörung des Angeklagten gegeben ist. Dem außerordentlichen Tribunal ist eine derartige Lösung in Fällen, in denen an dem normalen Geisteszustand eines Angeklagten gezweifelt werden kann, gestattet. In seinen Aussagen, die durch jene der Zeugen bestätigt wurden, erklärte der Angeklagte, daß sein Verbrechen nicht auf politische Motive zurückzuführen ist, sondern den Grund in Meinungsverschiedenheiten und inneren Zwistigkeiten hat, die zwischen den Gläubigen der griechisch-orthodoxen Kirche in Fragen bezüglich der Hierarchie, Disziplin und Organisation der Kirche bestanden. Der Angeklagte erklärte sich für einen Weißrussen, und einen treuen Bürger der polnischen Republik und behauptete, politischen Angelegenheiten vollkommen fernzustehen. Er sei kein Gegner der Autokephalie der Kirche und stellt Beziehungen zu dem Ausland und zu den Monarchisten oder anderen russischen Parteien in Abrede. Er schildert sein Leben als nur den inneren Fragen der Kirche geweiht, und gesteht, diesbezüglich mit dem ermordeten Metropoliten Georg fortwährend Reibungen gehabt zu haben. Der Staatsanwalt stellte den Antrag auf Todesstrafe. Die Verteidigung erhob die epileptischen und hysterischen Anfälle, an denen der Angeklagte sein ganzes Leben litt, hervor, und stellte den Antrag, die Angelegenheit dem gewöhnlichen Gerichte zu überweisen, welches allein kompetent ist, eine psychiatrische Untersuchung des Angeklagten anzuordnen. Der Angeklagte ersuchte das Gericht in seinem Schlußworte, das Todesurteil auszusprechen. Auf Grund des Verdiktes wird das weitere Strafverfahren seinen normalen Verlauf nehmen.

Ein neuer Höhenrekord. „Le Journal" berichtet aus New York: Der Flieger Irving hat den Höhenrekord geschlagen, indem er mit seinem Flugzeug eine Höhe von 11 300 Fuß erreichte (Ein amerik. Fuß beträgt 30.4 Zentimeter.)

Die Komplizen des Kaadener Raubmörders festgenommen. Dieser Tage brachten wir die Nachricht, daß die Hausbesitzerin Bertha Rudolf in Kaaden von ihrem Neffen Friedrich Singer ermordet und beraubt wurde. Singer war am Abend der Tat mit zwei Männern nach Kaaden gekommen. Dieselben, es sind dies ein gewisser Lambert Totschekal und ein gewisser Erich Rosenblatt, wurden nun in Gitschin verhaftet. In einem dieser beiden Männer erkennen Zeugen jenen Mann, der mit Singer in der Nacht des Mordes auf dem Bahnhofe in Kaaden-Brunnrsdorf gesehen wurde. Die beiden können ihr Alibi für die kritische Zeit nicht nachweisen und es ist darum mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich tatsächlich um die Komplizen des Raubmörders handelt. Von Singer fehlt bisher jede Spur.

Raubüberfall. In Sobieslawitz bei Turnau wurde am vergangenen Mittwoch die Häuslerin Anna Torsnik in ihrer Wohnung überfallen und schwer verletzt. Die Täter entwendeten aus der Wohnung 238 Kronen und verschiedene Wertgegenstände. Durch die Gendarmerie wurde nun festgestellt, daß an dem Tage der Tat der 21-jährige Josef Pavel, weiters ein gewisser Rudolf Novak und ein Wilhelm Peikert sich in der Nähe des Häuschens der Torsnik in auffälliger Weise zu schaffen gemacht haben. Als die drei bemerkten, daß die Frau Torsnik allein in der Wohnung sei, gingen sie hinein und verlangten von ihr, sie solle ihnen etwas zu essen geben. In dem Momente, als Frau Torsnik in eine Kammer treten wollte, sprangen die Täter auf sie, warfen sie zu Boden und schlugen sie so lange auf den Kopf, bis sie in Ohnmacht fiel. Während die Räuber die Wohnung durchsuchten, erwachte Frau Torsnik aus der Ohnmacht und rief um Hilfe, sodaß die Nachbarn herbeigeeilt kamen und die Verfolgung der fliehenden Täter aufnehmen konnten. Peikert wurde sofort, die beiden anderen Täter später verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Liebesdramen. Der Schuhmachergehilfe Josef Pischinger aus Trhova Bis hatte längere Zeit mit der Karla Ondrich ein Verhältnis. Da nun die Eltern des Mädchens die Werbung des Pischinger ungern sahen und Pischinger sich nicht abweisen lassen wollte, nahm das Mädchen eine Stelle in Beraun an. Pischinger schrieb dem Mädchen unablässig Briefe, die jedoch nicht beantwortet wurden. Er entschloß sich daher, das Mädchen und sich selbst zu töten. Am Sonntag kam er nach Beraun und als er von dem Mädchen neuerdings abgewiesen wurde, kaufte er sich ein Messer und brachte dem Mädchen schwere Verletzungen am Kopfe und an der Brust bei. Er selbst lief dann in einen Hof und wollte sich töten, wurde jedoch daran verhindert. Das Mädchen und Pischinger, der gleichfalls schwer verletzt ist, wurden ins Krankenhaus nach Königshof gebracht. — Der Fabriksarbeiter Anton Fritsche aus Neustadt a. d. T. hat am Montag früh in einem Gasthause in Zwickau seine Geliebte Marie Alber und dann sich selbst erschossen. Fritsche gibt als Motiv der Tat unheilbare Krankheit an.

Tödlicher Eisenbahnunfall. In der Nacht zum Dienstag wollte die Fabriksarbeiterin Katharina Hermann, die in Pilnikau Milch geholt hatte, den letzten schon im Fahren begriffenen Zug in der Station Pilnikau besteigen, die Unglückliche stürzte jedoch ab und fiel zwischen die Räder, die ihr den Kopf vom Rumpfe trennten.

Explosionsunglück in einer Munitionsfabrik. In der Munitionsfabrik in Politschka tötete dieser Tage eine explodierende Granate die mit der Demontierung beschäftigte Arbeiterin. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Blutiger Kampf mit Räubern. In der Nacht zum Donnerstag wurde der auf dem Gute Neuhof bei Prag beschäftigte Knecht Albert Streir durch ein Geräusch im Stalle aufgeweckt. Er lief sofort in den Stall hinaus und bemerkte dort zwei Räuber, die eine Kuh wegführen wollten. Die Räuber hatten Masken vorgebunden und stürzten sofort auf Streir los, den sie zu Boden schlugen. Bevor sich Streir wieder aufraffen konnte, waren die Räuber mit der Kuh verschwunden. Streir lief ihnen jedoch nach und nahm eine Eisenstange als Waffe mit. Unweit des Gutshofes kam es zwischen ihm und den beiden Räubern zu einem Kampfe, wobei der eine Räuber auf dem Kopfe schwer verletzt wurde, während Streir eine gefährliche Stichwunde erhielt. Den Räubern gelang es dann zu entfliehen. Die Gendarmerie hat ihre Verfolgung aufgenommen.

Tod durch eine verhängnisvolle Verwechslung. Die 14-jährige Bürgerschülerin Vasta Hajek in Jundorf in Mähren nahm am Montag abend, da sie starke Kopfschmerzen hatte, statt Aspirin ein Pulver, das sie für Aspirin hielt. Es war jedoch Mäusegift. Das Mädchen starb während der Einlieferung in die Landeskrankenanstalt unter den furchtbarsten Schmerzen.

Ueberfall. Mittwoch nachts überraschte der Direktor Zdenek Lhota in Cernošice bei Prag im Garten seines Hauses einen unbekannten Mann, der sofort auf ihn einen Schuß abgab. Trotzdem nun Lhota dem fliehendend Manne zwei Schüsse nachsandte, konnte dieser im Dunkel der Nacht entfliehen.

Gerichtssaal.

Die Nichtigkeitsbeschwerde im Baeran-Prozeß verworfen.

Gestern um 9 Uhr vormittags begann vor dem Obersten Gerichtshofe in Brünn die Verhandlung über die Nichtigkeitsbeschwerde, die Abgeordneter Dr. Baeran gegen das Urteil des Prager Schwurgerichtes eingelegt hatte. Den Vorsitz der Verhandlung führte Senatspräsident Dr. Kuželka, das Referat erstattete Dr. Müller, die Generalprokuratur führte Generaladvokat Dr. Herrenriedt, Abg. Dr. Baeran war durch Dr. Goller und Dr. Radda vertreten.

Verteidiger Dr. Goller führte als Beschwerdeführer aus, daß die Untersuchung im Baeranprozeß so geführt wurde, daß dem Angeklagten eine Reihe von Protokollen über Zeugeneinvernahmen nicht zur Aeußerung vorgelegt wurden. Der Untersuchungsrichter habe Verdächtige gegeneinander ausgespielt und fehlende Beweise durch „Amtsvermerke" über Aeußerungen der Mitbeschuldigten ergänzt. Trotz ausdrücklicher Verwahrung des Angeklagten wurden diese Amtsvermerke bei der Hauptverhandlung vorgelesen. Auf dieses Vorgehen stütze sich die Nichtigkeitsbeschwerde nach Absatz 3 des § 344. Die Einvernahme des Generalstabsobersten Hauzvič als Sachverständigen gibt den Nichtigkeitsgrund des Absatzes 4 des bereits zitierten Paragraphen, da Hauzvič im Prozesse gegen den Leutnant Nowakowski die Strafanzeige erstattet und in diesem Prozesse als Belastungszeuge einvernommen wurde. Weiter wurde während der Hauptverhandlung die Ausschließung des Geschworenen Rychtařík, der vor der Auslosung an die Geschworenen eine beifällig aufgenommene Vorrede gehalten hat, abgelehnt. Einen Nichtigkeitsgrund sieht die Verteidigung ferner in der Ablehnung des Antrages auf Herbeischaffung der Qualifikationsliste des Hauptbelastungszeugen Oberstleutnant Soukup. Dr. Goller führte dann noch eine Reihe weiterer Fälle an, die Grund zur Nichtigkeitsbeschwerde geben. So wurde auch bei der Beurteilung des Stinkbombenwurfes die Stellung einer Eventualfrage auf Uebertretung nach § 431 des St.-G. nicht zugelassen. Der Ausspruch der Geschworenen ist überdies in einigen Punkten undeutlich und widersprechend. Die Geschworenen haben unter dem Einfluß ihres Obmannes Machovička, der mit einem Legionärabzeichen im Gerichtssaal erschien, gegen die Ergebnisse des Beweisverfahrens entschieden. Durch die Qualifizierung des Stinkbombenwurfes als Verbrechen sei das Gesetz unrichtig angewendet worden, da selbst Präsident Tomašek als Zeuge angegeben hat, daß das Werfen einer Stinkbombe die Verhandlung des Abgeordnetenhauses nicht habe unterbrechen können. Dr. Goller beantragte daher die Aufhebung des Urteils des Geschworenengerichtes und die Rückverweisung an die erste Instanz. Im Falle, daß der Nichtigkeitsbeschwerde stattgegeben wird, beantragt er weiter, ein anderes als das Prager Geschworenengericht zu delegieren, da dieses insbesondere unter dem Einflusse der Regierungspresse stehe.

Nach den Darlegungen des Dr. Goller wollte Abgeordneter Dr. Radda das Wort ergreifen. Es kam jedoch zu einer Kontroverse zwischen den Abgeordneten Radda und dem Vorsitzenden, da dieser es als unzulässig erklärt, daß ein zweiter Verteidiger das Wort ergreife und daß vor dem Obersten Gerichtshof in deutscher Sprache plädiert werde. Trotz des Einspruches des Dr. Radda beschloß hierauf der Gerichtshof, einen zweiten Verteidiger nicht zuzulassen und die deutsche Sprache in diesem Falle als Verhandlungssprache nicht zu gestatten.

Als Generalprokurator bezeichnete sodann Generaladvokat Herrenriedt die Einwendungen des Verteidigers Dr. Goller als nicht stichhältig und beantragte die Abweisung der Nichtigkeitsbeschwerde. In seiner Replik erklärte Dr. Goller nochmals, daß er dem Major Soukup die Glaubwürdigkeit als Zeugen unbedingt absprechen müsse, da dieser einmal Beamter einer deutschen Gesellschaft gewesen sei und demnach unbedingt deutsch können müsse. Vor dem Geschworenengericht habe er jedoch erklärt, er verstehe nicht gut deutsch. Man könne, so führte Dr. Goller zum Schlusse aus, unmöglich auf der einen Seite Hochverrat als niedriges und unehrenhaftes Motiv ansehen, wenn auf der anderen Seite die eigenen Leute Hochverrat begangen haben und nun als Helden gefeiert werden. Dr. Goller verweist dann noch darauf, daß er über ein Protokoll Kenntnis erhalten habe, in dem ein Privatgeständnis Schwabes enthalten sei. Aus diesem Geständnis gehe hervor, daß Dr. Baeran mit der Spionageaffäre nichts zu tun hätte.

Nach durchgeführter Beratung verkündete der Gerichtshof, daß die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen wurde.

Ueber die Berufung wird in geheimer Verhandlung beraten und die Entscheidung schriftlich bekanntgegeben werden.

Der Sturz des Josefsdenkmals in Hennersdorf.

Vor dem Olmützer Divisionsgericht verantworteten sich vorgestern und gestern 66 Soldaten des 7. Grenzbataillons, die am 31. Juli 1922 die Bronzebüste Josef II., die vor dem Schulgebäude in Hennersdorf stand, heruntergestürzt und in den Mühlgraben geworfen haben. In der Begründung der Anklageschrift heißt es, daß durch die Zeugenaussagen und das Geständnis als erwiesen zu betrachten ist, daß die Angeklagten sich die inkriminierte Handlung zu Schulden kommen ließen. Das 7. Grenzbataillon war von 20. bis 31. Juli 1922 während einer Uebung in der Stadt Hennersdorf in Schlesien einquartiert. Gleich nach der Einquartierung besprachen sich die Soldaten, das Denkmal zu stürzen. So oft einer von ihnen an der Büste vorbeiging, rief er: „Der Josef muß herunter!" Am 31. Juli wurde die Büste auch tatsächlich um elf Uhr nachts vom Sockel gerissen und in den Mühlgraben geworfen.

Das Urteil.

Olmütz, 19. April. Heute wurde das Urteil im Prozesse gegen die 66 Denkmalstürzer von Hennersdorf gefällt. Die Angeklagten waren des Tatsächlichen geständig, bestritten bloß sich besprochen zu haben. Der Vorsitzende Major Baudet verkündigte das Urteil zu Mittag. Danach wurden 5 Mann, deren Teilnahme nicht erwiesen werden konnte, freigesprochen; die übrigen 61 wurden verurteilt, und zwar nur wegen Beschädigung fremden Eigentumes zu 14 Tagen Kerker. Von der Anklage der Meuterei und Empörung wurden alle Angeklagten freigesprochen, da der Gerichtshof den Beweis in dieser Richtung nicht für erbracht ansah. Alle Urteile wurden bedingt verhängt, bis auf drei Mann, die schon Vorstrafen hinter sich haben. So weit die Angeklagten Zeugen bekleideten, wurden ihnen diese abgesprochen, doch gleichfalls nur bedingt. Sämtliche Soldaten nahmen das Urteil an.

Ein Bahnrevident als Inspirator eines Einbruches.

Der Einbruchsversuch in die Wrschowitzer Bahnhofskasse.

Prag, 18. April. Am 28. Feber wurde auf dem Bahnhof in Prag-Wrschowitz ein Einbruchsversuch verübt, der der Eisenbahnkasse, in der sich damals eineinhalb Millionen Kronen befanden, galt. In der Nacht vom 28. Feber zum 1. März fand nämlich der Nachtwächter Schneider in der Kanzlei, die sich vor dem Kassaraume befindet, unter einem Tische zwei Männer. Er rief sofort die anderen Wächter herbei und es gelang, die beiden Männer festzunehmen. Es waren dies der 28jährige Schlossergehilfe und bekannte Einbrecher Karl Adamira aus Wrschowitz und der 20jährige, gleichfalls als Einbrecher bekannte Franz Měchura aus Pankrac. Die beiden Einbrecher hatten Nachschlüssel für sämtliche Räume und für die Kassen bei sich. Durch die sofort eingeleiteten Nachforschungen und durch das Kreuzverhör mit den beiden Festgenommenen wurde sichergestellt, daß als Inspirator des Einbruches der Revident Sejk, der auf dem Wrschowitzer Bahnhof angestellt ist, angesehen werden muß. Sejk vertrat oft die Stelle des Kassiers Kulička, wenn dieser sich gerade auf einem Urlaube befand. Sejk besaß während dieser Zeit alle Schlüssel und auch die Steckschlüssel für die Kontrolluhr. Mitte Feber faßte er nun den Plan, die Kassa bei einer günstigen Gelegenheit ausrauben zu lassen und ging zum Schlosser Hladky, der sein Mitschüler in der Volksschule war. Er weihte Hladky in den ganzen Plan ein und versprach ihm 10.000 K, wenn er ihm die richtigen Leute verschaffen und ihm alle Nachschlüssel anfertige. Hladky sprach mit dem ihm bekannten Reisenden Bernard und beide besprachen einmal in der Werkstätte den Plan, wobei Bernard die Nachschlüssel erhielt. Bernard seinerseits besprach die ganze Angelegenheit mit Adamira und Měchura und erklärte den beiden, daß sie sich für die nächsten Tage bereithalten sollen. Als dann von Sejk die Mitteilung kam, daß sich in der Kassa am 28. Feber bei Abschluß eineinhalb Millionen Kronen befanden, ließen sich Adamira und Měchura am Abend in das Bahnhofsgebäude einsperren und wollten gerade mit der Ausraubung der Kassa beginnen, als sie von dem Nachtwächter überrascht wurden. — Heute hatte sich die ganze Gesellschaft vor einem Strafsenat des OLGR. Kleiner zu verantworten. Alle Angeklagten waren wegen Diebstahls, Bernard außerdem wegen verbotener Rückkehr nach Prag angeklagt. Gegen Sejk war nicht die Klage wegen Mißbrauches der Amtsgewalt eingeleitet worden, da er die Schlüssel von dem Kassier als Privatmann übernommen hatte. Alle Angeklagten waren geständig. Der Gerichtshof verurteilte nach durchgeführtem Beweisverfahren Jaroslaus Bernard zu zwei Jahren, Adamira und Měchura zu je achtzehn Monaten, Sejk zu zehn Monaten und Hladik zu acht Monaten schweren Kerkers. Die Angeklagten nahmen die Strafe an.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Hochkonjunktur in der Sanierung verkrachter Banken. Am 15. April hielt die Komarner erste Kreditanstalt ihre 77. ordentliche Generalversammlung ab, anläßlich welcher die schwierige Lage, in der sich das Institut befindet, dargelegt und die Sanierung beschlossen wurde. Die Verluste erreichen die stattliche Höhe von 12 Millionen! Gleichzeitig wurde berichtet, daß Verhandlungen bezüglich der Sanierung der Sajothaler Bank gepflogen werden.

Die „neue Taktik" der deutschen Reichsbank. Das Reichskabinett soll sich laut der „Vossischen Zeitung" gestern abends mit den Vorgängen am Devisenmarkte beschäftigt haben. Die Berliner Blätter sprechen die Ansicht aus, daß die Dollarhausse auf eine veränderte Interventionstaktik der Reichsbank zurückzuführen ist. Die bisherige Taktik, die Devisenkurse ständig unter Druck zu halten, habe dahin geführt, daß die Reichsbank fast den gesamten an den Markt kommenden Devisenbedarf zu den offiziellen (tiefen) Kursen aus ihren Beständen befriedigen mußte. Da die Reichsbank wegen des in der letzten Zeit stark angeschwollenen Bedarfes an Devisen sehr oft in ihre Bestände habe eingreifen müssen, habe sie jetzt die Taktik dahin gewechselt, daß der Spekulation zunächst einmal freie Bahn gegeben werde, daß aber im gegebenen Moment stark eingegriffen werden soll, um der Spekulation alsdann Verluste zuzufügen und ihr damit die Lust zu nehmen, sich neuerdings unvorsichtig vorzuwagen. Die Blätter wiederholen daher die Warnung der gestrigen Abendzeitungen vor kopflosen Devisenankäufen und überstürzten Einkäufen von Waren. Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdrucke weiterzuführen. Zu diesem Zwecke sollen abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungstätigkeit zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden: 1. Eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr, 2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für die Besitzer an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hiezu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Die polnischen Petroleumquellen fast ausschließlich in ausländischen Händen. Nach einer Statistik der Fachpresse befinden sich in Polen 862 Naphthagruben, davon 49.1 Prozent in französischen, 36.½ Prozent in polnischen, 5.8 Prozent in englischen, 4.1 Prozent in österreichischen Händen und der Rest in den Händen der übrigen Staaten.

Einigung im weststeirischen Kohlenarbeiterstreik. Die Verhandlungen der Betriebsrätekonferenz der Bergarbeiter Mittelsteiermarks haben zu einer Einigung geführt, so daß in allen Werken bis auf Steieregg, die Arbeit am Freitag wieder aufgenommen werden wird. Betreffend Steieregg werden die noch bestehenden Differenzen in weiteren Beratungen behandelt werden.

Der Streik in der englischen Juteindustrie beigelegt. Der Lohnkonflikt in der Juteindustrie in Dundee (Schottland), durch den 30.000 Arbeiter über 8 Wochen beschäftigungslos waren, ist Mittwoch beigelegt worden. Heute Freitag werden alle Unternehmungen den Betrieb wiederaufnehmen.

Eisenhochkonjunktur in Amerika. Das amerikanische Fachblatt „Iron Drade Revjew", Cleveland, Ohio, berichtet über die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes: Die März-Roheisenproduktion war die größte jemals erreichte und betrug 3,521.000 Tonnen. Es kamen 10 Hochöfen neu in Betrieb, wodurch sich die Zahl der unter Feuer befindlichen Oefen auf 296 gehoben hat. Für April wird eine neue Rekordzahl erwartet. Der Markt ist ruhiger geworden, da die Walzwerke zurückhaltender geworden und die Hochofenwerke vollständig ausverkauft sind, so daß das ganze Geschäft einen spekulativen Charakter annimmt.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.48'75
Berlin	Mark 900'00
Wien	österr. Kr. 2125.00

Prager Kurse am 19. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1346'00	1350'00
10.000 Mark	10.75'00	11.75'00
100 belg. Franks	192'25	193'75
100 schweiz. Frank	610'75	613'25
1 Pfund Sterling	158'75	160'25
100 Lire	167.25	168'75
1 Dollar	34.20'00	34.30'00
100 franz. Franks	225'75	227'25
100 Dinar	35.00.00	36.50'00
100'00 magyar. Kronen	72.12'50	76.12'50
10.000 poln. Mark	6.45'00	7.45'00
10.000 österr. Kronen	4.55'00	5.05'00

Züricher Schlußkurse am 19. April.

	Geld	Ware
Paris	36.55'00	36.65'00
London	25.63'00	25.66'00
Berlin	0.01.80'00	0.02.51'00
Mailand	27.20'00	27.30'00
Holland	215.75	216'25
Wien	0.00.77'00	0.00.78'00
Budapest	0.12'75	0'12'25
Prag	16.45'00	16.52'50
New York	5.50'00	5.51'00
Belgrad	5.52'00	5.70'00
Warschau	0.01.20'00	0.01.30'00
Wien gest.	0.00'00	0.00'00

Kunst und Wissen.

Der Unbestechliche, Lustspiel von Hugo Hoffmannsthal.

Gastspiel des Wiener Raimundtheaters.

Die Revolution des Jahres 1918 hat dem Wiener Dichter Hofmannsthal das „von" gestrichen. Aber es muß festgestellt werden: Der „von Hofmannsthal" der Vorrevolution war der echte, der meisterhafte Darsteller österreichisch-adeliger Verfallszeit, müder Aesthetenkunst. Als er sich darin erschöpft hatte, schuf er Operntexte für Richard Strauß. Doch auch hier blieb er sich noch treu. Der „Rosenkavalier" atmet das dolce far niente, das süße Liebesspiel der altwiener Noblesse. Allerdings würde dieses Stück infolge seiner morbiden Konstitution sofort in Staub zerfallen, wenn es die Musik nicht hielte. Ebenso fiele das kunstvolle Barock aller derjenigen Stücke auseinander, welche in den letzten Jahren für die Salzburger Festspiele von Hofmannsthal geschrieben worden sind, wenn nicht Reinhardts Opernregie, verbunden mit der Märchenkulisse der Stadt Salzburg, das feine, zarte Gebilde eines „Welttheaters" und ähnlicher großer Haupt- und Staatsaktionen beinahe echt erscheinen ließe.

Hofmannsthal hat Glück. Auch das sogenannte Lustspiel „Der Unbestechliche" hat eine so starke Stütze gefunden, daß die klug gemachte und wirkungslos geratene Handlung durchaus nicht stört und dennoch zu einem Theatererlebnis sondergleichen wird: diese Wirkung erzielt Max Pallenberg. Er gibt einen grillparzerisch treuen Diener seines verstorbenen Herrn, eines österreichischen adeligen Offiziers, dessen Sohn, aristokratischer Nichtstuer, trotz einer entzückenden Frau und ebenso entzückender Kinder zwei andere Frauen auf sein Schloß lädt, die er teils literarisch, teils anderweitig ausbeuten will. Da ist aber der Diener Theodor, der klug wie Figaro und fromm wie ein österreichischer Lakai, den Baron sachte, aber sicher dem ehelichen Schlafgemach schließlich wieder zuführt. So wie ihn Hofmannsthal schuf, ist er zwar der allmächtige Spieler, der die Fäden der adeligen Puppen in Händen hält, aber schlicht und recht, Knecht und Geschenk Gottes, schließlich doch nur servil, bis in den Tod dienerlich treu. Er wacht über die Sittlichkeit österreichischen Adels wie ein alter Herrenhund über den ererbten Großgrundbesitz.

Eine solche Gestalt droht, wenn sie in der weihevollen Stimmung stecken bliebe, lächerlich und unmöglich zu werden. Pallenberg wandelte nun von vornherein die ganze Figur ins Groteske, unterstrich zwar damit die Negativität der Gestalt, aber schuf gerade dadurch das geniale Zerrbild einer Gesellschaft, die schon längst zum Tode verurteilt war, bevor die Revolution ihre Existenz bedroht hat. Wie dieser Adel sich räuspert und spuckt, das hat ihm sein Diener abgeguckt: in seinem stolzen Gang, den ein paar gewaltige Plattfüße ins Lächerliche verzerren, in der vielleicht den Schlüsselromanen des adeligen Barons entnommenen Sprache, die in seinem Munde ukrainisch umgestaltet ihre Hohlheit grotesk offenbart, ein prachtvolles Zerr-Ebenbild des Feudalismus. Die Meisterleistung Pallenbergs bestand also darin, daß er die Unwahrheit der Dichtung genial überwand. Das gelang beinahe keinem seiner Mitspieler, die alle brav, aber farblos, so schemenhaft, wie ihre Gebilde sind, spielten. Die Regie Dr. Beers war vor allem infolge des raschen Tempos gut. Der starke Beifall galt nur Pallenberg.

Dr. Oskar Kohn.

Neues Theater. Heute, Freitag, Gastspiel Raimundtheater—Pallenberg „Mimensiege", „Dardamelle"; morgen, Samstag, wegen andauernder Erkrankung Maria Müllers statt Hindemith-Einakter Lehars „Frasquita"; Sonntag nachmittags die italienischen Opern „Cavalleria rusticana", „Bajazzo", abends 7 Uhr, „Katja, die Tänzerin".

Literatur.

Die Maifestschrift 1923, welche wir gestern anzeigten, geht auch an Problemen unserer Partei nicht vorüber. Genosse Cermark erörtert in ihr die Aufgaben der Internationale mit besonderer Berücksichtigung des Proletariates der Tschechoslowakei und seiner Kämpfe, und viel Freude wird jedem Genossen ein künstlerisch ausgeführtes Porträt unseres toten Seliger bereiten. Die prächtige Maifestschrift ist bei der Zentralstelle für das Bildungswesen in Teplitz (Seilerstraße 1) zum Preise von 1 Kč für das Stück zu beziehen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Troppau. Sonntag, den 14. d. tagte in Troppau eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: Berichte, Maifeier, Gemeindewahlen und Allfälliges. Vertreten waren 13 Orte durch 19 Delegierte, ferner der Gesangverein, die Radfahrer, die Turner, die Jugendorganisation und die Kreisexekutive durch je einen Delegierten, die Frauensektion durch zwei und die Bezirksleitung durch sieben Delegierte. Insgesamt nahmen 33 Personen an der Konferenz teil. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Lokalorganisationen durch die Wirtschaftskrise und die Wühlarbeit der Kommunisten zu leiden haben. Trotzdem ist aber ein langsames Aufsteigen in den einzelnen Lokalorganisationen wieder wahrzunehmen. Genosse Titz berichtete ferner über das Zentralorgan „Sozialdemokrat", für das in jedem Orte eine Werbeaktion veranstaltet werden soll und auch für den Vertrieb der Preßfondsmarken gesorgt werden wird. Abg. Gen. Jokl nahm als Vertreter der Kreisexekutive an der Konferenz teil. Nach der Debatte gab er verschiedene Direktiven, die geeignet sind, den Uebelständen in den Orten abzuhelfen. Hierauf referierte Genosse Jokl über die Maifeier und über die kommenden Gemeindewahlen. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, wurde die Konferenz mit dem Lied der Arbeit geschlossen.

Bezirkskonferenz Tachau. Sonntag den 15. April fand in Tachau eine Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren 18 Lokalorganisationen, zwölf Gewerkschaften und zwei Kleinbauern- und Häuslergruppen. Von der Kreisleitung war Abg. Genosse Schuster erschienen. Nach Erstattung der Berichte sprach Abg. Genosse Schuster über Organisation, Presse, Schutzgesetz und Gemeindeangelegenheiten. Er wies nach, wie notwendig jetzt die politische sowie auch die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterschaft ist. Vor allem betonte er die Notwendigkeit der Arbeiterpresse, an deren Verbreitung es in unserem Bezirksgebiete hauptsächlich mangelt. Redner führte die Beschlüsse des Reichsparteiausschusses an, wonach es notwendig ist, die Abonnentenzahl sowohl des Zentralorganes, als auch unseres Kreisblattes, der „Zukunft", zu vergrößern. Betreffs der im heurigen Jahre bevorstehenden Gemeindewahlen verwies er darauf, daß unsere Vertrauensmänner schon jetzt rege zu agitieren und Aufklärung zu verbreiten haben. Nach dem Referate des Genossen Schuster setzte eine rege Debatte ein. Genosse Weigert als Vertreter der Jugendorganisation des Karlsbader Kreises sprach sodann über die Notwendigkeit der Errichtung von Jugendorganisationen auch in unserem Gebiete, um unsere Jugend vorzubereiten und zu schulen. Die Beschlüsse der Reichsleitung wurden zur Kenntnis genommen und werden in der nächsten Zeit zur Durchführung gebracht. Zu Punkt „Maifeier" wurde beschlossen, daß sowohl in Tachau als auch in Pfraumberg eine Feier stattfindet. Die weiteren Beschlüsse darüber werden von der Bezirksexekutive gefaßt und den Lokalorganisationen übermittelt werden. Zum letzten Punkte gelangten einige Anträge der Lokalorganisationen zur Verhandlung; diese wurden teilweise dem Bezirksbildungsausschusse, teilweise der Bezirksexekutive überwiesen. Nach sechsstündiger Dauer wurde die Konferenz unter nochmaligem Hinweis des Bezirksvertrauensmannes auf die Notwendigkeit erhöhter Organisationstätigkeit geschlossen.

Herausgeber: Dr Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O Holik

Bio-Programm
vom 20. April bis 26. April

Lido Breitbart der Eisenkönig
Seine Hoheit in Paris
Eine köstliche Komödie in 4 Akten

SANSSOUCI Premiere! Premiere! Ausschliesslicher Recht
Knock-out. Sensationsdrama in 5 Akten. In der Hauptrolle Batting Siki. Amerikanisches Schlagerlustspiel „Im Hotel zur Nachtigall", 5 Akte schallendes Gelächter. Täglich um ½5 und 8 Uhr abends Vorspiel des humoristischen Violinvirtuosen HERBERT.

Wo verkehren wir?
Café Continental, 1058 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 1056 Prag-Nelazanka.
Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus**
Prag, Smečky 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft **„Lidový dům"**
der Genossenschaft „Ganymed"
Täglich Konzert 1062 **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza" 1061
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. 1128
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Dänische Butter wird vollkommen ersetzt durch die hervorragende „Vitello-Delikateß-Margarine", die überall zu haben ist.
Sparen können Sie, wenn Sie an Stelle der teueren dänischen Butter, nur „Vitello-Delikateß-Margarine" verwenden.
Wirtschafterinnen verwenden wie jede praktische Hausfrau zum Kochen, Braten und Backen an Stelle der teueren Butter nur „Vitello-Delikateß-Margarine".
Dänische Butter wird vollkommen ersetzt durch die hervorragende „Vitello-Delikateß-Margarine".
Tüchtige Köchinnen wissen schon lange, daß sie viel Geld sparen können, wenn sie an Stelle von Butter, „Vitello-Delikateß-Margarine" verwenden.
Nur VITELLO
Delikateß-Margarine
gleicht der feinsten
Teebutter!
Vitello-Delikateß ist in jedem besseren Lebensmittelgeschäft zu haben.
1415

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. Roacks Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich allen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Theresiengasse 18.

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angekündigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!!

Kautschukabsätze
und Kautschuksohlen
Schonen die Nerven,
schützen die Füße,
helfen sparen!
186